

Frau Dietlind Grabe-Bolz
Frau Dr. Ulrike Krautheim
Frau Eva Janzen
Frau Elisabeth Langwasser
Herr Johannes Loheide
Herr Michael Puhl
Herr Gerhard Merz
Herr Burkhard Schirmer
Frau Renate Schlotmann
Herr Peter Sommer
Herr Frank Walter Schmidt
Herr Mehmet Tanriverdi
Herr Andreas Walldorf

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Dr. Wolfgang Deetjen
Herr Gerhard Greilich
Herr Klaus-Dieter Grothe
Frau Susanne Lehne
Frau Maren Kolkhorst
Frau Edith Nürnberger
Herr Christian Otto
Frau Dr. Bettina Speiser

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Prof. Dr. Aris Christidis
Herr Michael Beltz
Herr Michael Janitzki
Herr Tjark Sauer

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Frau Annette Greilich
Herr Dr. Klaus Dieter Greilich
Herr Harald Scherer

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Herr Heiner Geißler
Herr Johannes Zippel

Stadtverordnete der Bürgerliste Gießen:

Frau Elke Koch-Michel

Vom Magistrat:

Herr Heinz-Peter Haumann	Oberbürgermeister
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin
Herr Thomas Rausch	Stadtrat
Herr Dr. Volker Kölb	Stadtrat
Frau Karin Bouffier-Pfeffer	Stadträtin
Herr Prof. Dr. Heinrich Brinkmann	Stadtrat
Herr Egon Fritz	Stadtrat
Herr Dr. Bernhard Höpfner	Stadtrat
Frau Susanne Koltermann	Stadträtin
Herr Kenneth Pukownick	Stadtrat
Herr Wolfgang Sahmland	Stadtrat
Herr Dieter Scholz	Stadtrat

Von der Verwaltung:

Herr Hartmut Heidl	Dezernat I	(bis 23:00 Uhr)
Herr Dietrich Metz	Leiter des Rechtsamtes	

Vom Ausländerbeirat

Herr Abdul-Hakim Dayeh	Vorsitzender
Herrn Edin Muharemovic	Stellv. Vorsitzender

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth	Büroleiter, Schriftführer
Frau Andrea Allamode	Stellv. Schriftführerin

Entschuldigt:

Frau Karin Losert	CDU-Fraktion
Frau Ika Veronika Bordasch	SPD-Fraktion
Herr Dieter Geißler	SPD-Fraktion
Herr Rolf Krieger	SPD-Fraktion
Frau Monika Graulich	Stadträtin
Herr Dr. Reinhard Kaufmann	Stadtrat

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Stadtverordnetenvorsteher Gail gratuliert Herrn Stv. Möller im Namen der Stadtverordnetenversammlung zu seinem Geburtstag.

Oberbürgermeister Haumann zeichnet Herrn Stv. Jürgen Becker für sein 12 jähriges ehrenamtliches Engagement mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen und der Bronzenen Ehrenplakette der Universitätsstadt Gießen aus.

Im Anschluss daran stellt **Stadtverordnetenvorsteher Gail** fest, dass die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist. Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Stv. Dr. Deetjen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, zum Tagesordnungspunkt 41 - Ablehnung der Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen - stellen wir den Antrag auf Nichtbefassung. Begründung: Der jetzt von der SPD-Fraktion vorgelegte Antrag, STV/0841/2007, ist von der Aussage her nicht so umfassend wie der Antrag vom 16.11.2006, der einstimmig von diesem Haus angenommen wurde. Im Gegenteil, der Antrag vom 16.11.2006 ist eindeutig weitergehend, der sich dafür ausspricht, dass der Magistrat dafür Sorge tragen soll, dass - Zitat - ‚ein Anbau transgener Pflanzen zu kommerziellen Zwecken‘ ganz prinzipiell nicht stattfinden soll. Dies beinhaltet die gentechnisch veränderte Maissorte MON 810, wie jede weitere Sorte, ob MON 840, MON 2010 usw., all diese sind mit Antrag vom 16.11.2006 eingefangen. Man müsste also dann in Zukunft, wenn man das so machen würde, für jede neue transgene Pflanze, die hier aus irgendwelchen Zwecken angepflanzt werden soll, einen neuen Antrag stellen. Außerdem möchte ich in Richtung der SPD, der Opposition oder vielleicht auch speziell der Antragstellerin hinzufügen, dass Sie mit ihrem neuen Antrag eine über alle Parteien hinweg gefassten Beschluss, die Einstimmigkeit der Ablehnung des Anbaus transgener Pflanzen, meines Erachtens auf jeden Fall gefährden werden. Der von Ihnen jetzt vorgelegte Antrag ist überflüssig, wir haben einen Beschluss, der weit gefasst ist und um Sie zu beruhigen, aber das wissen Sie ja, Sie haben jetzt nämlich dann gleich das Wort für eine Gegenrede, d. h. diskutieren können wir. Vielen Dank.“

Die vorstehenden Ausführungen des Stv. Dr. Deetjen werden auf Antrag des **Stv. Loheide**, SPD-Fraktion, wörtlich zu Protokoll genommen.

Stv. Grabe-Bolz, SPD-Fraktion, beantragt, den Ältestenrat einzuberufen.

Stv. Koch-Michel, BLG, merkt an, sie beabsichtige zum vorliegenden SPD-Antrag (TOP 41) einen Initiativ- bzw. Ergänzungsantrag zu stellen. Sollte dem Antrag auf Nichtbefassung stattgegeben werden, behält sie sich vor, ihren Antrag als Dringlichkeitsantrag einzubringen.

Die Sitzung wird für eine Ältestenratsitzung von 18:16 Uhr bis 18:44 Uhr unterbrochen.

Stadtverordnetenvorsteher Gail berichtet, dass sich der Ältestenrat darauf verständigt habe, dass es sich bei dem Antrag des Stv. Dr. Deetjen um einen Antrag im Rahmen der Geschäftsordnung handele. Nach der derzeit gültigen Geschäftsordnung werden dem Antragsteller und dem Gegenredner je 3 Minuten Redezeit eingeräumt.

Stv. Merz, SPD-Fraktion, spricht gegen den Geschäftsordnungsantrag des Stv. Dr. Deetjen.

Stv. Koch-Michel, BLG, beantragt, ihre nachfolgenden Ausführungen und die Antwort des Stadtverordnetenvorstehers wörtlich zu protokollieren.

Stv. Koch-Michel: „Herr Stadtverordnetenvorsteher, ich habe mich zur Geschäftsordnung gemeldet, weil ich gerne wissen will: Kann ich jetzt meinen Antrag begründen oder wie ist die Verfahrensweise?“

Stadtverordnetenvorsteher Gail: „Nein, wir müssen erst mal sehen, was wir mit ihrem Antrag machen. Wenn das Abstimmungsergebnis jetzt kommt und wie das ausgeht, können Sie dazu sprechen. Wenn „Nichtbefassung“ beschlossen wird, können Sie nicht dazu sprechen. Die Brücke war, Ihren Antrag umzuformulieren als Dringlichkeitsantrag.“

Stv. Koch-Michel: „Dann bitte ich um wörtliche Protokollierung meiner Aussagen. Ich kann letztendlich meinen Antrag von dieser Stelle weder begründen, noch sagen, was ich mit diesem Antrag vorhabe. Also, ob ich ihn zurückstelle oder ob ich ihn als Dringlichkeitsantrag stelle, da die Geschäftsordnung dieser Stadtverordnetenversammlung es verbietet. Folglich ist dieser Antrag mit Nichtbefassung behaftet und ich begeben mich wieder auf meinen Platz und kann mich den Ausführungen von Herrn Merz nur anschließen und die Grünen sollten hier mal schleunigst sagen, welche Themen wir bis 2011 als Opposition überhaupt noch behandeln dürfen.“

Stadtverordnetenvorsteher Gail lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen: Der Antrag auf „Nichtbefassung des TOP 41 - Ablehnung der Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen, Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.2007, STV/0841/2007 - wird mehrheitlich beschlossen (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/LINKE/FW/BLG).

Auf Antrag der SPD-Fraktion wird die Sitzung von 18:55 Uhr bis 19:02 Uhr unterbrochen.

Stv. Koch-Michel, BLG, bittet, die alten Tagesordnungspunkte 4 - *Bebauungsplan GI 03/07 „Dulles-Siedlung“*, hier: Billigungsbeschluss über den Vorentwurf, Antrag des Magistrats vom 02.02.2007, STV/0790/2007 - und 5 - *Bebauungsplan GI 03/08 „Marshall-Siedlung“*, hier: Billigungsbeschluss über den Vorentwurf, Antrag des Magistrats vom 12.02.2007, STV/0803/2007 - in Teil B der Tagesordnung zu behandeln.

Stadtverordnetenvorsteher Gail schlägt vor, die vorgenannten TOP's als „neue“ Tagesordnungspunkte 19 und 20 zu behandeln. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Stv. Koch-Michel beantragt weiter, auch den alten Tagesordnungspunkt 21 - *Künftige US-Housing Areas*, Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 25.02.2007, STV/0843/2007 - in Teil B der Tagesordnung zu behandeln.

Stv. Beltz, Die Linke-Fraktion, bittet, den alten Tagesordnungspunkt 22 - *Autofreier Sonntag in der Universitätsstadt Gießen, Antrag der FW-Fraktion vom 26.02.2007, STV/0844/2007* - in Teil B der Tagesordnung zu behandeln.

Vorsteher regt an, die beiden vorgenannten Anträge als „neue“ Tagesordnungspunkte 31 und 32 zu behandeln. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Stv. Grabe-Bolz, SPD-Fraktion, beantragt, die alten Tagesordnungspunkte 32 bis 32.4 (betr. Geschäftsordnung) von der Tagesordnung abzusetzen. Ihre Fraktion sieht durch den „ungeheuerlichen Vorgang“ des Antrages auf Nichtbefassung eine Beschneidung der Oppositionsfraktionen. Im Moment sei keine Grundlage gegeben, die eine gemeinsame, einvernehmliche Beschlussfassung hierfür zur Folge haben könnte.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, spricht gegen den Antrag.

Stadtverordnetenvorsteher Gail lässt über den Antrag der Stv. Grabe-Bolz abstimmen: Der Antrag auf Absetzung wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/LINKE/BLG).

Die Sitzung wird auf Bitte der Stv. Koch-Michel kurz unterbrochen (von 19:08 Uhr bis 19:10 Uhr).

Stv. Grabe-Bolz, SPD-Fraktion, beantragt, den nachfolgenden Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung zu nehmen:

Geplantes Müllheizkraftwerk (Leihgesterner Weg)
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.03.2007 -

Stv. Scherer, FDP-Fraktion, schlägt vor, den Dringlichkeitsantrag in Teil B als Tagesordnungspunkt 33 zu behandeln. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Stv. Loheide, SPD-Fraktion, beantragt, den nachstehenden Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung zu nehmen.

Bericht über den Entwurf des sogenannten Güttler-III-Erlasses
- Antrag der SPD-Fraktion vom 22.03.2007 -

Stv. Möller, CDU-Fraktion, spricht gegen die Dringlichkeit.

Die Dringlichkeit des Antrages wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/LINKE/BLG).

Stv. Koch-Michel, BLG, beantragt, ihren ursprünglichen Initiativantrag/Ergänzungsantrag zum Thema „Ablehnung der Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen“ als Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung zu nehmen.

Stv. Dr. Deetjen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Die Sitzung wird von 19:20 Uhr bis 19:22 Uhr unterbrochen.

Stv. Scherer, FDP-Fraktion, spricht gegen die Dringlichkeit des Antrages, schlägt aber vor, die im Antrag vorkommenden Fragen unter TOP Verschiedenes zu stellen.

Die Dringlichkeit des Antrages wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/FW;
Ja: SPD/LINKE/BLG).

Nachdem keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgetragen werden, stellt **Stadtverordnetenvorsteher Gail** fest, dass die Tagesordnung somit in der geänderten Form beschlossen ist.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Fragestunde
- 1.1. Frage gem. § 29 GO - Veränderte Gründung am Berliner Platz - ANF/0864/2007
- 1.2. Frage gem. § 29 GO - Frauenkommission - ANF/0866/2007
- 1.3. Frage gem. § 29 GO - Wohnraumversorgungskonzept - ANF/0871/2007
- 1.4. Frage gem. § 29 GO - Sanierungsmaßnahmen Gesamtschule Gießen-Ost - ANF/0878/2007
- 1.5. Frage gem. § 29 GO - Thermische Restmüllverbrennungsanlage - ANF/0880/2007
- 1.6. Frage gem. § 29 GO - Bebauungsplan St. Josefs Krankenhaus, Dachbegrünung - ANF/0881/2007
- 1.7. Frage gem. § 29 GO - Thermische Restmüllverbrennungsanlage ANF/0883/2007

- 1.8. Frage gem. § 29 GO - Überplanmäßige Ausgabe Fa. Weimer ANF/0886/2007
2. Wiederwahl eines hauptamtlichen Stadtrates STV/0848/2007
- Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 26.02.2007 -

Teil A:

3. Bebauungsplan GI 03/06 "Zum Waldsportplatz"; STV/0396/2006
hier: - Entscheidung über die im Rahmen der Offenlegung bzw. Trägerbeteiligung vorgebrachten Anregungen zum Bebauungsplan-Entwurf
- Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan
- Antrag des Magistrates vom 12.02.2007 -
4. Ampelerhebung STV/0791/2007
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 02.02.2007 -
5. Antrag auf Nachbesserung für das Blinden-Leitsystem am Marktplatz Gießen STV/0793/2007
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 02.02.2007 -
6. Antrag zur Ehrung von Ria Deeg, Trägerin der Goldenen Ehrennadel der Universitätsstadt Gießen, anlässlich ihres 100. Geburtstages STV/0794/2007
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 02.02.2007 -
7. Einrichtung einer Arbeitsgruppe "Radverkehr" STV/0788/2007
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 10.02.2007 -
8. Fuß- und Radverkehrsbeauftragter STV/0820/2007
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 10.02.2007 -
9. Einrichtung einer Hochschulkommission STV/0804/2007
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 09.02.2007 -
10. Bericht über Schulzweigwechsel STV/0826/2007
- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.02.2007 -

- | | | |
|----------------|--|---------------|
| 11. | Berichts Antrag zur Friedrich-Ebert-Schule
- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.02.2007 - | STV/0827/2007 |
| 12. | Berichts Antrag zur Liebigschule, Haus B
- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.02.2007 - | STV/0828/2007 |
| 13. | Abschlussprogramm Kommunale Altlasten
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 26.02.2007 - | STV/0831/2007 |
| 14. | Abschlussprogramm Kommunale Altlastenbeseitigung
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.2007 - | STV/0839/2007 |
| 15. | Handwerkerparken;
hier: Ausnahmegenehmigung zum Parken für Handwerker
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 26.02.2007 - | STV/0832/2007 |
| 16. | Alternative Bestattungsformen;
hier: Friedwald im Bereich der städtischen Wälder
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 26.02.2007 - | STV/0834/2007 |
| 17. | Fortschreibung des Energieberichts
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP vom 18.02.2007 - | STV/0836/2007 |
| 18. | Durchführung des Projekts "Stolpersteine"
- Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die
Grünen, Die Linke., FDP, und FW sowie der BLG-
Stadtverordneten vom 27.02.2007 - | STV/0840/2007 |
| Teil B: | | |
| 19. | Bebauungsplan GI 03/07 "Dulles-Siedlung";
hier: Billigungsbeschluss über den Vorentwurf
- Antrag des Magistrates vom 02.02.2007 - | STV/0790/2007 |
| 20. | Bebauungsplan GI 03/08 "Marshall-Siedlung";
hier: Billigungsbeschluss über den Vorentwurf
- Antrag des Magistrates vom 12.02.2007 - | STV/0803/2007 |
| 21. | Sondernutzungsgebührensatzung
- Antrag des Magistrats vom 04.01.2007 - | STV/0707/2007 |
| 22. | Beteiligungsbericht 2005
- Antrag des Magistrats vom 07.02.2007 - | STV/0722/2007 |

- | | | |
|-------|---|---------------|
| 23. | Anfrage des Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, gem. § 27 GO zum Beteiligungsbericht 2005 | ANF/0814/2007 |
| 24. | Datenschutzbericht 2006
- Antrag des Magistrats vom 28.02.2007 | STV/0742/2007 |
| 25. | Gießen-Pass
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 24.10.2006 - | STV/0502/2006 |
| 26. | Gründung einer Projektgesellschaft zur Vermarktung der Wohnflächen nach Abzug der US-Armee
- Antrag der FW-Fraktion vom 06.12.2006 - | STV/0626/2006 |
| 27. | Verkehrsführung im Südviertel
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 21.12.2006 - | STV/0665/2006 |
| 28. | Aufstellung eines Bebauungsplanes Südanlage 10
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 15.12.2006 - | STV/0725/2007 |
| 29. | Vergabep Praxis bei der Anbringung von Werbetafeln auf städtischen Flächen
- Antrag der BLG-Stadtverordneten vom 15.01.2007 - | STV/0731/2007 |
| 30. | Neufassung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen
- Antrag des Ältestenrates vom 12.09.2006 - | STV/0450/2006 |
| 30.1. | Gleichbehandlung von "Ein-Personen-Fraktionen"
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 30.08.2006 - | STV/0194/2006 |
| 30.2. | Teilnahme der Ortsbeiräte
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 24.10.2006 - | STV/0500/2006 |
| 30.3. | Rede- und Vorschlagsrecht des Ausländerbeirates
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 24.10.2006 - | STV/0501/2006 |
| 30.4. | Änderungsanträge zur Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.10.2006 - | STV/0507/2006 |

- | | | |
|-----|--|--|
| 31. | Künftige Nutzung US-Housing Areas
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP vom 25.02.2007 - | STV/0843/2007 |
| 32. | Autofreier Sonntag in der Universitätsstadt Gießen
- Antrag der FW-Fraktion vom 26.02.2007 - | STV/0844/2007 |
| 33. | Geplantes Müllheizkraftwerk (Leihgesterner Weg)
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.03.2007 - | STV/0898/2007 |
| 34. | Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 02.02.2007 - | STV/0792/2007 |
| 35. | "Historische Treppe " am Bahnhofplatz
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 26.02.2007 - | STV/0829/2007 |
| 36. | Anfrage des Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, gem. § 27
GO - Aufsichtsrat Stadtwerke Gießen GmbH - | ANF/0815/2007 |
| 37. | Bauleitplanung "Botanischer Garten"
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 26.02.2007 - | STV/0823/2007 |
| 38. | Baumfällungen im Bereich der Wieseck zwischen
Moltkestraße und Berliner Platz
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 26.02.2007 - | STV/0825/2007 |
| 39. | Medienkompetenz und präventiver Jugendmedienschutz
- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.02.2007 - | STV/0830/2007 |
| 40. | Erhaltung des Medienprojektzentrums "Offener Kanal
Gießen"
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 26.02.2007 - | STV/0835/2007 |
| 41. | Schutz vor Passivrauchen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.2007 - | STV/0838/2007 |
| 42. | Ablehnung der Freisetzung von gentechnisch veränderten
Pflanzen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.2007 - | STV/0841/2007
- Nichtbefassung - |
| 43. | Beseitigung der Problemflächen in Reichensand und
Bahnhofstraße
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.2007 - | STV/0842/2007 |

44. Fertigstellung des letzten Teilstücks Kanalsanierung Wetzlarer Straße/Zum Weiher, Kleinlinden - Antrag der SPD-Fraktion vom 27.02.2007 - STV/0846/2007
45. Berichtsantrag zur GISPO GmbH - Antrag der Die Linke.Fraktion vom 27.02.2007 - STV/0847/2007
46. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Fragestunde

1.1. **Frage gem. § 29 GO - Veränderte Gründung am Berliner Platz - ANF/0864/2007**

Anfrage des Stv. Loheide, SPD-Fraktion: „Wie wird die veränderte Gründung am Berliner Platz begründet?“

1. Zusatzfrage: „In welchem Umfang müssen nach der neuen Gründung die Hochbauplanung und -statik angepasst werden?“

2. Zusatzfrage: „Welche finanziellen Auswirkungen haben diese Änderungen?“

3. Frage für die Fraktion: „Hat die veränderte Statik dem Prüfstatiker vorgelegen und wenn ja, wann?“

Antwort Stadtrat Rausch: „Es gibt keine veränderte Gründung bei Bauvorhaben des Rathauses am Berliner Platz. Damit entfällt auch die Beantwortung der übrigen Zusatzfragen.“

1.2. **Frage gem. § 29 GO - Frauenkommission - ANF/0866/2007**

Anfrage der Stv. Bietz, SPD-Fraktion: In den Vereinbarungen über die kommunalpolitische Zusammenarbeit von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP für die Wahlperiode 2006 bis 2011 steht auf Seite 5: Es wird eine Frauenkommission zur Unterstützung der Arbeit des Magistrats eingerichtet. Über Größe und Zusammensetzung wird gesondert entschieden. **Ich frage den Magistrat:** „Wird diese Vereinbarung umgesetzt? Wenn ja, wann? Wenn nein, warum nicht?“

Antwort Oberbürgermeister Haumann: „Frau Bietz, ich beantworte Ihnen

grundsätzlich alle Fragen gerne, aber da denke ich, ist die Frage an den Magistrat an die falsche Stelle gerichtet. Die Frage gehört an die Koalition, ich kann Ihnen dazu nicht im Namen der Koalition antworten.

Zusatzfrage der Stv. Koch-Michel, BLG: *„Beabsichtigt der Magistrat, eine derartige Kommission einzusetzen und wann?“*

Antwort Oberbürgermeister Haumann: *„Der Magistrat wird dann reagieren, wenn Anträge vorliegen. Aber nicht auf irgendwelche Formulierungen in irgendwelchen Koalitionsverträgen oder wie auch immer.“*

1.3. Frage gem. § 29 GO - Wohnraumversorgungskonzept - ANF/0871/2007

Anfrage des Stv. Sommer, SPD-Fraktion: *Im Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Jugend und Sport vom 21.09.2005 ist unter Punkt 9 (§. 23) nachzulesen, dass die Vorlage eines Wohnraumversorgungskonzeptes Mitte des Jahres 2006 vorgesehen war. Ich frage den Magistrat: „Wie ist der aktuelle Stand der Erarbeitung und wann ist mit der Vorlage eines Wohnraumversorgungskonzeptes als Grundlage für Förderanträge beim Land zu rechnen?“*

Antwort Oberbürgermeister Haumann: *„Herr Sommer, ich stimme Ihnen da voll inhaltlich zu. Es war für Mitte 2006 angekündigt, das Konzept zu erstellen, von dem zuständigen Sachbearbeiter sind die Unterlagen auch zu dem Zeitpunkt zusammengestellt worden, sie sind dann noch einmal redaktionell überarbeitet worden. Der Druck ist in diesen Tagen fertig geworden, die Fraktionen haben mit der Versendung der Post zur Stadtverordnetenversammlung, also zum heutigen Abend das jeweilige konzeptionelle Papier in der Hand. Nicht nur die Fraktionen (1x), sondern auch die Gruppen, von daher sind wir jetzt Ihrem Wunsch tatsächlich mit heutiger Sitzung nachgekommen. Und alle anderen daraus abzuleitenden Möglichkeiten, Förderanträge oder sonstige Anträge Richtung Land zu stellen, können dann auf dieser Grundlage besprochen werden. Ich bitte um Nachsicht, redaktionell hatte es sich ein bisschen verzögert, lag aber in der Hand des Sachbearbeiters.“*

1.4. Frage gem. § 29 GO - Sanierungsmaßnahmen Gesamtschule Gießen-Ost - ANF/0878/2007

Anfrage des Stv. Tanriverdi, SPD-Fraktion: *„Nachdem der Schulträger kürzlich der GGO in Aussicht gestellt hat, im Osttrakt des Hauses die Fenster zu erneuern, möchte ich gerne wissen, wann mit den Maßnahmen begonnen wird und wann die restlichen in Frage kommenden Fenster der Schule an die Reihe kommen?“*

Antwort Stadtrat Rausch: *Die Maßnahmen zur Fenstererneuerung werden nach Genehmigung des Haushalts 2007 durch den RP in Angriff genommen. Die noch*

ausstehenden Fenstererneuerungen werden in den Folgejahren, so wie in der Vergangenheit auch, umgesetzt. Derzeit sind 181 Fenster erneuert worden, 450 Fenster sind noch zu erneuern. Das finanzielle Volumen der Fenstererneuerung wird jährlich in einem Umfang von 30.000 - 50.000 € haben.

1. Zusatzfrage: „Die naturwissenschaftlichen Fachräume der Schule sind für max. 24 Schüler gebaut, die Kurse haben aber teilweise 30 Schüler, d. h. die Räume sind zu klein. Es ist mir bekannt, dass für die Klassengröße nicht der Schulträger zuständig ist. Diese Räume müssen unbedingt saniert und behindertengerecht umgebaut werden. Aus diesem Grunde frage ich den Magistrat: Wann wird mit den Baumaßnahmen an diesen naturwissenschaftlichen Fachräumen zu rechnen sein?“

Antwort Stadtrat Rausch: „Die naturwissenschaftlichen Fachräume haben in der Regel eine Grundfläche von 60 qm und wurden zur Bauzeit der Gesamtschule Gießen-Ost auch so durch die Kultusabteilung des Regierungspräsidiums genehmigt. Die frühere Bauweise von Fachräumen (fest eingebaute Energieinseln) lassen nur eine begrenzte Menge von Arbeitsplätzen zu. Die Rechtsvorschriften über experimentelle Übungen im naturwissenschaftlichen Unterricht gehen davon aus, dass - Zitat - „in der Mittelstufe (Jahrgänge 5 – 10) und der Oberstufe (Jahrgänge 11 – 13) sollten in der Regel nicht mehr als 16 Schülerinnen und Schüler gleichzeitig experimentieren oder nicht mehr als 8 Arbeitsgruppen gebildet werden“. (2. Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Aufsicht von Schülerinnen und Schüler vom 23.09.1997, ABl. 10/97 Seite 576). Diese Vorschrift führt dazu, dass der Schulträger in der Regel 8 Experimentierstände baut. In den vergangenen Jahren wurden nach und nach demolierte Schülerübungsräume in den Naturwissenschaften erneuert (z.B. Brüder-Grimm-Schule und Herderschule). Bei Renovierungen wurden selbstverständlich auch naturwissenschaftliche Übungsräume erneuert, so wie an der Liebigschule und der Ricarda-Huch-Schule. Der Schulträger wird in den nächsten Jahren schrittweise mit der weiteren Erneuerung von naturwissenschaftlichen Übungsräume fort fahren (Herderschule/Brüder-Grimm-Schule/Friedrich-Ebert-Schule/Gesamtschule Gießen-Ost). Dabei werden wir decken-abgehängte Systeme benutzen, die es möglich machen, dass mehr Schülerinnen und Schüler einen adäquaten Sitzplatz im Übungsraum haben (bis zu 30). An der Gesamtschule Gießen-Ost wurde bereits ein Biologieraum in dieser Art und Weise eingerichtet, der gleichzeitig als Unterrichtsraum für einen rollstuhlfahrenden Lehrer genutzt wird.“

2. Zusatzfrage: „Die Ostschule hat bald Jubiläum, sie wird 40 Jahre alt. Bis auf den Mitteltrakt der Schule, aufgrund eines Brandes vor ein paar Jahren wurden keine Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. Wann ist mit der Gesamtanierung der Schule zu rechnen?“

Antwort Stadtrat Rausch: „Von den Auswirkungen des Brandes in der Gesamtschule Gießen-Ost waren der Osttrakt, der Mitteltrakt und der Südtrakt betroffen.

Einzig der Westtrakt wurde nicht tangiert. Somit wurden im Rahmen der Brand-sanierung alle Trakte bis auf den Westtrakt komplett renoviert. Es steht also nur eine

Renovierung des Westtraktes aus, wobei berücksichtigt werden muss, dass ein Teil (2. OG) des derzeitigen Zustandes auf „Abischerze der vergangenen 10 Jahre“ zurück zu führen ist. Ein Teil dieser „Verschönerungen“ fanden mit Duldung der damaligen Schulleitung statt.“

**1.5. Frage gem. § 29 GO - Thermische Restmüllverbrennungs- ANF/0880/2007
anlage -**

Anfrage der Stv. Eibelshäuser, SPD-Fraktion: In der „Vereinbarung über die kommunalpolitische Zusammenarbeit von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP für die Wahlperiode 2006-2011“ steht auf Seite 27 folgender Satz: Wir werden prüfen, ob die vorgesehene Abluftreinigung der geplanten thermischen Restmüllverbrennungsanlage (TREA) der Stadtwerke Gießen modernstem Stand der Technik entspricht. **Ich frage den Magistrat:** „In der Berichterstattung der Zeitungen war zu lesen, dass die Stadtwerke nicht beabsichtigen, diese modernsten Standards zu realisieren. Hat es von Seiten des Magistrats bisher Gespräche mit den Stadtwerken bzgl. der Anwendung modernster Standards gegeben? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?“

Antwort Stadtrat Dr. Kölb: „Der Behauptung der Kritiker der TREA, dass die Rauchgasreinigung nicht den modernsten Standards genügt, widerspricht die Stadtwerke Gießen AG. Die Abgasreinigung wird auf den Seiten 15-19 der Kurzbeschreibung erläutert. Diese Technik der Rauchgasreinigung wird unter anderem in den Müllverbrennungsanlagen in Hameln, Rothensee/Magdeburg und Hannover erfolgreich eingesetzt.“

Es hat Gespräche zwischen den Magistratmitgliedern, Bürgermeisterin Weigel-Greulich, Stadtrat Rausch und Stadtkämmerer Dr. Kölb mit den Stadtwerken gegeben. Die Ergebnisse sind, dass die Stadtwerke Gießen AG prüfen, inwieweit diese moderne Technik noch effektiver gestaltet werden kann.“

1. Zusatzfrage Stv. Loheide, SPD-Fraktion: „Herr Dr. Kölb, dazu habe ich zwei Fragen. Sie haben ja gesagt: Die Einschätzung der Stadtwerke. Entspricht das auch der Einschätzung des Magistrats, was sozusagen den neuesten Stand der Technik angeht? Und die zweite Frage, habe ich jetzt gerade wieder verdrängt.“

Antwort Stadtrat Dr. Kölb: „Gut, dass Sie sie vergessen haben. Ich beziehe mich noch einmal auf die Kurzbeschreibung, die Ihnen vorliegt. Ich habe auch ausgeführt, dass es Gespräche zwischen den Magistratsmitgliedern und den Stadtwerken gibt. Und wir unterhalten uns über den Stand der modernsten Technik.“

2. Zusatzfrage Stv. Merz, SPD-Fraktion: „Herr Dr. Kölb, aus Ihren Worten entnehme ich, sowohl aus der Antwort auf das, was Frau Eibelshäuser gefragt hat, als auch aus Ihrer Antwort eben gerade auf die Frage von Herrn Loheide, dass die Anwendung des modernsten Standes der Technik durch die Stadtwerke in (nicht

verständlich) Anlage nicht über jedes Gespräch, nicht über jede Diskussion erhaben ist. Das heißt, es gibt schon noch Gesprächsbedarf, ob es sich hier tatsächlich um der Weisheit respektive der Technik letzter Schluss handelt.“

Antwort Stadtrat Dr. Kölb: „Herr Merz, bitte haben Sie Verständnis dafür, dass ich kein Techniker bin. Ich höre mir als erstes die Meinung der Techniker an und wenn ich mir diese Meinung angehört habe, nicht wahr, dann bin ich gerne bereit, mir andere Vorstellungen noch mal sagen zu lassen. Ich verweise darauf, dass wir uns in einem Abstimmungsprozess befinden.“

1.6. Frage gem. § 29 GO - Bebauungsplan St. Josefs Krankenhaus, Dachbegrünung -

ANF/0881/2007

Anfrage der Stv. Koch-Michel, BLG: In der Stadtverordnetenversammlung am 08.02.2007 lag der Entwurfsbeschluss des vorhabenbezogenen Bebauungsplan „St. Josefs Krankenhaus“ zur Abstimmung vor. Hierzu hatte die Bürgerliste beantragt, in den Entwurf die Dachbegrünung aufzunehmen. Dieser Antrag wurde von der Bürgermeisterin Frau Weigel-Greilich in der Sitzung mit der Begründung, dass Dachbegrünung auf klinischen Einrichtungen nicht zulässig sei, im Parlament abgelehnt. Im Ausschuss am 06.03.2007 hat die Bürgermeisterin der Antragstellerin mitgeteilt, dass sie sich mit ihrer damaligen Mitteilung um einen Irrtum gehandelt habe und **vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat:** „Hat es vor Einbringung des Aufstellungsbeschlusses von Seiten der Ämter und des Magistrats eine Überlegung zur Dachbegrünung, ähnlich wie bei der Vorlage Seltersberg gegeben?“

Antwort Stadtrat Rausch: „Die Überlegungen zur Dachbegrünung wurden im Vorfeld mit allen Beteiligten (Stadt, Investor, Architekten und Planer) diskutiert. Die Vertreter der Stadt legten besonderen Wert darauf, dass die Kfz-Stellplätze weitgehend unterirdisch untergebracht wurden und der Patientengarten mit Bäumen und Sträuchern wieder hergestellt wird. Für das Dach der geplanten Tiefgarage wurde deshalb eine mindestens 1 m dicke Erdschicht festgesetzt, die das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern ermöglicht. Wegen des erheblichen Aufwandes und der teils ungeeigneten Dachflächen wurde auf die Forderung nach einer generellen Dachbegrünung der sonstigen Dachflächen verzichtet. Das hat insbesondere den Vorteil, dass das auf den Dachflächen ohne Begrünung anfallende Niederschlagswasser gesammelt und für den Patientengarten verwertet werden kann. Hier ist auch ein entsprechendes Bewässerungssystem vorgeschlagen (s. Vorlage, Begründung zum Entwurf des B-Planes, Ziff. 13.2). Da die Dachflächen auf dem Ärztehaus noch nicht endgültig sind und kaum einsehbar wären, konzentrierte man sich auf eine gute Umfeldgestaltung mit einem größeren Patientengarten. Hygienische Gründe spielten keine Rolle. Von Seiten der Fachämter kam im Beteiligungsverfahren keine Forderung nach einer Dachbegrünung, sondern hier wurde die dauerhafte Bewässerungsmöglichkeit des Patientengartens gewünscht.“

Das Grundstück liegt im Übrigen in einem für seine Innenstadtlage klimatisch noch vergleichsweise unbelasteten Gebiet mit einem noch immer hohen Grünanteil (s. Umweltbericht 3.3 Klima und Luft).“

1. Zusatzfrage: *„Warum wurde sich nicht mit Nachdruck von Seiten der zuständigen Dezernentin für Umwelt und Natur für eine solche Maßnahme eingesetzt?“*

Antwort Stadtrat Rausch: *„Unter Abwägung der berechtigten Interessen des Investors und der städtebaulichen Interessen wurde einer mit erheblichem finanziellen Aufwand errichteten Tiefgarage anstelle eines Parkhauses und der Wiederherrichtung des Patientengartens mit dauerhaftem Bewässerungssystem der Vorzug gegeben. Hierfür hat sich auch die Dezernentin eingesetzt.“*

2. Zusatzfrage: *„Gibt es Bedenken oder Ablehnung von Seiten des Investors des St. Josefs Krankenhauses für eine Dachbegrünung und wird sich der Magistrat abschließend dafür einsetzen, dass dieses im weiteren baulichen Verfahren Inhalt des Bebauungsplanes wird?“*

Antwort Stadtrat Rausch: *„Für den Investor bedeutet die Festsetzung einer allgemeinen Dachbegrünung natürlich erhebliche Mehrkosten in der Konstruktion, die noch dadurch erschwert wird, dass ggf. Umplanungen zu veränderten, nicht für eine Dachbegrünung geeignete Konstruktionen durchgeführt werden müssten. In den bisherigen langwierigen Verhandlungen wurde ihm praktisch eine Tiefgarage abverlangt mit den wesentlich höheren Kosten für die 1 m hohe Erds substratüberdeckung und Bepflanzung des Patientengartens. Der Magistrat sieht darin einen für alle Seiten vertretbaren Kompromiss und letztendlich ein besseres Ergebnis und einen guten Erfolg für seinen Wunsch nach mehr Ökologie auch bei Innenstadtbebauungen.“*

**1.7. Frage gem. § 29 GO - Thermische Restmüllverbrennungs- ANF/0883/2007
anlage**

Anfrage des Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion: Am Leihgesterner Weg plant die Stadtwerke AG eine Anlage zur Verbrennung von Restgewerbemüll, die TREA. Eine Bürgerinitiative und der Stadtverband der Grünen kritisieren die vorliegenden Pläne. Die Stadt hat im Zuge des Anhörungsverfahrens dazu beim Regierungspräsidium eine Stellungnahme abgegeben. **Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat:** *„Welche Kritikpunkte werden von der Stadt in ihrer Stellungnahme zur geplanten Anlage aufgeführt?“*

Antwort Bürgermeisterin Weigel-Greilich: *„Das Amt für Umwelt und Natur hat zu folgenden Punkten Stellung genommen:*

- Altflächenproblematik
- Stoffmengen, Stoffdaten

- Luftreinhaltung
- Umweltverträglichkeitsprüfung.“

1. Zusatzfrage: „Wie äußert sich die Stadt in ihrer Stellungnahme zu der Kritik, dass auf eine mehrstufige Rauchgasreinigungsanlage verzichtet wird?“

Antwort Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Zu Luftreinhaltung

Im Formular 8/1 ist als Emission für den Staub 10 mg/m³ angegeben. Im Entwurf des Luftreinhaltungsplanes des Hessischen Ministeriums für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz für das Gebiet Lahn-Dill heißt es:

„Im Vergleich zu einer vergleichbaren Anzahl privater Heizungsanlagen emittiert ein dem Stand der Technik entsprechendes Kraftwerk deutlich geringere Staubemissionen. Hier kann durch fortschrittliche Technik im Bereich der Abgasreinigungsanlagen die Staubemission unter 5 mg/m³ gesenkt werden, wie es im Fall der Gießener Kraftwerke auch vorgegeben ist‘.

Wir bitten, diese Vorgabe auch für die beantragte Anlage einzuhalten.

Zu Umweltverträglichkeitsprüfung: Klima /Luft

Luftmessstation Gießen

Wie vom Verfasser richtig festgestellt, können die Daten der Luftmessstation Linden nur bedingt zur Bewertung der Situation in Gießen herangezogen werden, ebenfalls die der seit 2006 betriebenen Messstation an der Westanlage, die auf die Quelle Verkehr ausgerichtet ist. Sehr wohl können aber die Daten der bis 2004 betriebenen Messstation auf dem Gelände des ehemaligen Oswaldsgartens herangezogen werden.

Diese seit 1981 betriebene Station lieferte eine langjährige Datenreihe zum urbanen Hintergrund, das heißt zu den Quellen Verkehr, Hausbrand und Gewerbe.

Diese Daten sollten zum Vergleich herangezogen werden: Auswertungen aus dem HLUJ -Jahresbericht 2003. Sie zeigen deutlicher die Situation in Gießen. Die NO- und NO₂-Jahresmittelwerte befinden sich im oberen Drittel der dargestellten Skala aller hessischen Messwerte. Das gleiche gilt für die PM 10-Feinstaubbelastung. Aktuell bestätigt die Auswertung der neuen Messstation die Stickstoffoxidbelastung mit Überschreitung des nach der 22. BImSchV geltenden Immissionsgrenzwertes von 40 µg/m³.

Amliches Klimagutachten Gießen

Die Bezeichnung als ‚altes‘ Gutachten in der Umweltverträglichkeitsprüfung ist irreführend. Das Gutachten aus 1995 wurde erstellt, um Aussagen im Rahmen einer umweltgerechten Planung zu dem Planungsfaktor ‚Klima‘ zu erhalten. Die planungsrelevanten Aussagen gelten nicht nur für 1995 und den unmittelbaren Bereich der Messstation. Die Technische Hochschule Darmstadt, Institut für Meteorologie, hat umfangreiches Datenmaterial zur Verfügung gestellt und der Deutsche Wetterdienst,

Wetteramt Frankfurt, hat daraus unter Heranziehung von langjährigen Daten eigener Messstationen eine Bewertung vorgenommen.

Der Deutsche Wetterdienst hat die Messergebnisse des Institutes für Meteorologie ausgewertet. Im Rahmen des umfangreichen Messprogramms des Institutes wurden auch Fesselsondenmessungen in 6 Höhen zwischen 3 und 100 Meter durchgeführt, um die Mächtigkeit lokaler Zirkulationssysteme festzustellen. Diese zeigen an Tagen mit Strahlungswetterlagen auch bis zu 100 m Höhe Windstille oder Windgeschwindigkeiten unter 0,5 m/s und damit einen deutlich reduzierten Verdünnungseffekt. Zusätzlich wurden die topographischen Einflüsse mittels Messfahrten an 14 Messpunkten überprüft. Dazu sagt der Gutachter aus:

„Die Häufigkeitsverteilung des Tagesganges der Windgeschwindigkeit ist an allen Stationen sehr ähnlich. Kleine Windgeschwindigkeiten treten in der Nacht besonders häufig auf, das Maximum der Häufigkeitsverteilungen liegt bei 0,5 m/s. Am Tag verschiebt sich dieses Maximum auf ca. 2 m/s. Im Schiffenberger Tal, Station 1, ist in der Nacht die Häufigkeit kleiner Windgeschwindigkeiten besonders groß und auch am Tage ist die Häufigkeitsverteilung auf kleinere Geschwindigkeiten beschränkt als an den anderen Stationen.“

Resümee

Mit den vorgenannten Ausführungen wird nicht die der Ausbreitungsberechnung zugrunde gelegte Windverteilung angezweifelt, sondern die Folgerungen im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung.

Wir bitten die im Klimagutachten bestätigte besondere Situation in Gießen, d.h. der relativ hohe Anteil von austauscharmen Wetterlagen, die auf die Beckenlage von Gießen zurückzuführen sind und insbesondere die schlechte Belüftung des Schiffenberger Tals in Form von strengeren Grenzwerten als nach der 17. BImSchV vorgegeben in den Genehmigungsbescheid aufzunehmen. Es ist davon auszugehen, dass bei ungünstiger Wetterlage – Strahlungswetterlage – es zu vom Bürger z.B. wahrnehmbaren Geruchsbelästigungen kommen kann. Als nachträgliche Anordnung sollte zumindest bei Beschwerden von Bürgern eine Neubewertung möglich sein.

Uns ist bekannt, dass im Normalbetrieb die Anlagen durchweg in der Lage sind, die Emissionen abhängig von der Zudosierungsmenge von Kalkhydrat und Braunkohlekoks deutlich unterhalb der jeweiligen Grenzwerte zu halten.

Trotz aufwendiger Technik können jedoch aufgrund des inhomogenen Brennstoffs (Abfall) erhöhte Werte, insbesondere in den Phasen der Inbetriebnahme (Anfahren), der Außerbetriebnahme (Abfahren) und bei Störungen der Anlagen auftreten.

2. Zusatzfrage: „Wie äußert sich die Stadt in ihrer Stellungnahme zu der Kritik, dass moderne Verfahrensweisen der Abluftmessung und der Abfall-Eingangskontrolle nur mangelhaft berücksichtigt werden?“

Antwort Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Zu Stoffmengen, Stoffdaten

Brennstoffspezifikationen

In Anlage 1 sind Maximalwerte für die Konzentration auch der Schadstoffe Pentachlorphenol (PCP), Polychlorierte Biphenyle (PCB) sowie für Dioxine und Furane in angelieferten Abfällen vorzugeben, wie sie auch für 18 weitere Schadstoffe/Schwermetalle vom Antragsteller aufgeführt worden sind. Nur so wird die zu sichernde Qualität des Abfallbrennstoffes hinreichend beschrieben.

Begründung:

Ausgerechnet für PCP, PCB sowie für Dioxine und Furane die jeweils „schwankenden Daten der Müll-/Abfallzusammensetzung zu Grunde zu legen“, ist nicht nachvollziehbar, da die Konzentrationen für die anderen 18 Schadstoffe mit der Zusammensetzung der angelieferten Abfälle ebenfalls schwanken. Dennoch sind für die 18 Parameter Maximalwerte als Annahmekriterium für die Abfälle festgelegt worden.

Qualitätskontrolle der Ersatzbrennstoffe

Wegen der unterschiedlichen Zusammensetzung der angelieferten Abfälle ist die Annahmekontrolle so zu verbessern, dass Abfälle mit Überschreitungen der vorgegebenen maximalen Schadstoffkonzentrationen zurückgewiesen werden können. Gegebenenfalls sind vom Anlieferer konkrete Untersuchungsergebnisse zu verlangen. Mindestens jedoch ist die Analysehäufigkeit für Rückstellproben (< 500 Tonnen) zu erhöhen.“

**1.8. Frage gem. § 29 GO - Überplanmäßige Ausgabe Fa. ANF/0886/2007
Weimer**

Anfrage des Stv. Prof. Dr. Christidis: Auf der Sitzung der StvV am 21.09.2006 wurde in Zusammenhang mit dem Ausbau und der Modernisierung der Sporthalle Ost gemäß § 100 HGO eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 186.691,38 € erörtert und genehmigt. Hintergrund war eine Zahlung an das damals inzwischen insolvente Unternehmen Ludwig Schneider GmbH & Co. KG, dessen Insolvenzverfahren noch nicht eröffnet worden war. Damit wurde eine doppelte Buchung dieses Betrages notwendig (Drucksache STV/0284/2006 vom 15.08.2006). Gemäß dem Antrag des Magistrats war mit einem Rückfluss des genehmigten Betrages aus der Insolvenzmasse der vorgenannten Fa. Schneider nicht mehr im Jahr 2006 zu rechnen. **Ich frage deshalb den Magistrat:** „Ist dieser Vorgang inzwischen abgeschlossen? Ist insb. ein Rückfluss des o. g. Betrages erfolgt?“

Antwort Stadtrat Dr. Kölb: „Der Vorgang ist nicht abgeschlossen, da das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Fa. Ludwig Schneider GmbH & Co. KG nicht abgeschlossen ist. Infolgedessen ist auch noch kein Rückfluss von Mitteln erfolgt.“

1. Zusatzfrage: „Wurden Zinszahlungen an die Stadt für die vorläufige doppelte Zahlung berechnet, bzw. welches ist der genaue Betrag, der an die Stadt entrichtet wurde?“

Antwort Stadtrat Dr. Kölb: „An die Stadt wurde bisher kein Betrag entrichtet, also auch keine Zinszahlungen.“

2. Wiederwahl eines hauptamtlichen Stadtrates **STV/0848/2007**
- Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP vom 26.02.2007 -

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt den hauptamtlichen Beigeordneten Stadtrat Dr. Volker Kölb für eine weitere Wahlperiode zum Stadtrat der Universitätsstadt Gießen. Sie vollzieht die Wiederwahl in ihrer Sitzung am 10. Mai 2007.

Vor Eintritt in die Beratungen zu dem Tagesordnungspunkt verlässt Stadtrat Dr. Kölb den Sitzungssaal.

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Janitzki, Grabe-Bolz, Scherer, Möller und Koch-Michel.

Die Abstimmung erfolgt schriftlich und geheim mit Stimmzetteln.

Als Mitglieder des Wahlvorstandes werden folgende Wahlhelfer benannt:

CDU-Fraktion:	Stv. Helmchen
SPD-Fraktion:	Stv. Janzen
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:	Stv. Kolkhorst
FDP-Fraktion:	Stv. Greilich
Die Linke.Fraktion:	Stv. Beltz
FW-Fraktion:	Stv. Geißler

Stadtverordnetenvorsteher Gail bittet die Wahlhelfer, die Wahlurne zu verschließen, nachdem sie festgestellt haben, dass diese leer ist.

Des Weiteren bittet er den Schriftführer, die anwesenden Stadtverordneten aufzurufen, damit sie von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen können.

Die Stadtverordneten werden gebeten, nach Ausgabe der Stimmzettel, ihre Stimmabgabe in den aufgestellten Wahlzellen vorzunehmen und den Stimmzettel einmal gefaltet in die Wahlurne einzuwerfen.

Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses:

Es wurden insgesamt 55 Stimmen abgegeben,
davon 33 Ja-Stimmen,
19 Nein-Stimmen,
3 ungültige Stimmen (einschl. Stimmenthaltungen).

Die Vornahme der Wiederwahl des hauptamtlichen Stadtrates Dr. Volker Kölb ist beschlossen.

Teil A:

3. **Bebauungsplan GI 03/06 "Zum Waldsportplatz";** **STV/0396/2006**
hier: - Entscheidung über die im Rahmen der Offenlegung
bzw. Trägerbeteiligung vorgebrachten Anregungen
zum Bauungsplan-Entwurf
- Satzungsbeschluss zum Bauungsplan
- Antrag des Magistrates vom 12.02.2007 -
-

Antrag:

1. Die Anregungen von Seiten der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange aus den gemäß §§ 3+4 jeweils Abs. 1 und 2 Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführten Beteiligungsverfahren werden mit den aus der Anlage 1 hervorgehenden Ergebnissen abgewogen.
2. Der Bauungsplan wird mit seinen zeichnerischen und planungsrechtlichen Festsetzungen (Teil A der textlichen Festsetzungen) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.
3. Teil B (bauordnungsrechtliche Festsetzungen) der textlichen Festsetzungen wird gemäß § 81 Hessische Bauordnung (HBO) als Satzung beschlossen und i.V.m. § 9 Abs. 4 BauGB in den Bauungsplan aufgenommen.
4. Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

4. **Ampelerhebung** **STV/0791/2007**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 02.02.2007 -
-

Antrag:

Der Magistrat wird gebeten, durch eine Ampelerhebung festzustellen, wie viele der in Gießen vorhandenen Ampeln mit einer Zusatzausstattung für Blinde und Sehbehinderte

versehen sind.

Des Weiteren soll festgestellt werden, wie viele davon mit Vibration- oder Akustiksignal bzw. mit beidem ausgestattet sind.

Stadtverordnetenvorsteher Gail teilt mit, dass die antragstellende Fraktion die Vorlage in der Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr **wie folgt geändert habe:**

Der Magistrat wird gebeten durch eine Ampelerhebung festzustellen, **welche** der in Gießen vorhandenen Ampeln mit einer Zusatzausstattung für Blinde und Sehbehinderte versehen sind.

Des Weiteren soll festgestellt werden, **welche** davon mit Vibrations- oder Akustiksignal bzw. mit beiden ausgestattet sind.

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache geändert einstimmig beschlossen.

**5. Antrag auf Nachbesserung für das Blinden-Leitsystem am STV/0793/2007
Marktplatz Gießen
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 02.02.2007 -**

Antrag:

Der Magistrat der Stadt Gießen erhält folgenden Auftrag:

Zu den folgenden Punkten sind entsprechende Prüfergebnisse vorzulegen und die zu erwartenden finanziellen Aufwendung zu nennen.

Für Leitstreifen auf Gussasphalt muss der benachbarte Splitmastix-Belag umgearbeitet werden, so dass hinreichend glatte, mindestens 30 cm breite Begleitstreifen entstehen, welche taktil deutlich anders als die Leitstreifen wahrgenommen werden.

Dies betrifft drei Leitstreifen auf der östlichen Platzseite im Splitmastix-Bereich:

1. Die linken und rechten Seiten der beiden senkrecht zum Kasseler Bord hinführenden Leitstreifen.
2. Die vom Kasseler Bord abgewandte Seite des parallel dazu verlaufenden Leitstreifens, zumindest da, wo keine Bordsteinkante tastbar ist.

An der Einmündung der Schulstraße zum Marktplatz sind Rillenplatten als Schutzstreifen (DIN 32984, Nr. 6, Seite 9) parallel zur Fahrbahn zu verlegen, in einer Breite von 750 mm und in der Länge derart, dass die Rillenplatten an einer mindestens 3 cm hohen Bordsteinkante anschließen.

Die Noppen für Aufmerksamkeitsfelder sind im Anschluss an entsprechende Gutachten so zu gestalten, dass sie mit dem Taststock hinreichend von den Rillen der Leitstreifen unterscheidbar sind.

Die genannten Aufträge sind mit den Vertretern des „Blinden- und Sehbehindertenbund“, mit denen (wie aus dem z. T. wörtlich übernommenen Text ersichtlich ist) dieser Antrag abgestimmt ist, gemeinsam zu planen.

Stadtverordnetenvorsteher Gail weist darauf hin, dass die Vorlage im Bauausschuss um den im vorstehenden Antragstext „fettmarkierten Satz“ ergänzt wurde.

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache geändert einstimmig beschlossen.

6. Antrag zur Ehrung von Ria Deeg, Trägerin der Goldenen Ehrennadel der Universitätsstadt Gießen, anlässlich ihres 100. Geburtstages **STV/0794/2007**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 02.02.2007 -

Antrag:

Der Magistrat wird beauftragt, die Widerstandskämpferin Ria Deeg anlässlich ihres 100. Geburtstages am 02.10.2007 in würdiger Form im entsprechenden Zeitraum zu ehren. An die Trägerin der Goldenen Ehrennadel der Stadt Gießen soll mit einer Feierstunde und der Benennung einer Straße/eines Platzes mit der Bezeichnung „Ria Deeg“ erinnert werden. Auf einem in der Stadt gebräuchlichen Zusatzschild ist das Lebensdatum (02.10.1907 bis 13.08.2000) und der Hinweis „Widerstandskämpferin gegen die Nazi-Diktatur“ zu nennen.

Stadtverordnetenvorsteher Gail merkt an, dass im Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss **folgender Änderungsantrag gestellt worden sei und auch hier zur Abstimmung stehe:**

1. *Der Magistrat wird gebeten, in diesem Jahr aus Anlass des 100jährigen Geburtstages von Ria Deeg die Gießener Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus zu würdigen.*
2. *Im Übrigen wird der Antrag an die Straßenbenennungskommission verwiesen.*

Beratungsergebnis:

Der Änderungsantrag wird ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

7. Einrichtung einer Arbeitsgruppe "Radverkehr" **STV/0788/2007**
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 10.02.2007 -

Antrag:

Der Magistrat wird gebeten, eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe Radverkehr einzurichten und dazu auch externe Experten z.B. der Polizei und der Verkehrsverbände einzuladen. Diese soll die Fortschreibung und Umsetzung des Radverkehrsentwicklungsplans begleiten.

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

8. **Fuß- und Radverkehrsbeauftragter** **STV/0820/2007**
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und
FDP vom 10.02.2007 -
-

Antrag:

Der Magistrat wird gebeten, aus der Verwaltung einen Ansprechpartner/in für die Belange des Fuß- und Radverkehrs zu benennen.

Im Internet soll eine Möglichkeit geschaffen werden, die es Fußgängern und Radfahrern ermöglicht, ihre Anregungen zu formulieren und gezielt an diese Stelle weiterzuleiten.

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

9. **Einrichtung einer Hochschulkommission** **STV/0804/2007**
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und
FDP vom 09.02.2007 -
-

Antrag:

Der Magistrat wird beauftragt, gemäß § 72 HGO eine Hochschulkommission einzurichten.

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

10. **Bericht über Schulzweigwechsel** **STV/0826/2007**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.02.2007 -
-

Antrag:

Der Magistrat der Stadt Gießen möge berichten, wie viele Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2005/2006

- a) von einer Haupt- und Realschule, bzw. einem H u. R. - Zweig in eine entsprechende Gymnasialklasse gewechselt sind.
- b) von Gymnasien oder G- Zweigen in H-R-Schulen/H-R Zweige wechseln mussten.

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

11. **Berichtsantrag zur Friedrich-Ebert-Schule** **STV/0827/2007**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.02.2007 -
-

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen möge berichten, wann die Brandschutzmaßnahmen im Haus D der FES umgesetzt werden und was gegen die Absenkung des Bodens unternommen werden soll.

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

**12. Berichtsantrag zur Liebigschule, Haus B STV/0828/2007
- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.02.2007 -**

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen möge berichten, wann das Treppenhaus, die Flure sowie die defekten Fenster und Türen im Haus B der Liebigschule saniert werden.

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

**13. Abschlussprogramm Kommunale Altlasten STV/0831/2007
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 26.02.2007 -**

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten,

- Ob sich in der Stadt Gießen noch Altflächen befinden. Bitte um Benennung dieser.
- Wurde für diese Fläche eine Aufnahme in das Landesprogramm (Frist 31.07.2007) beim zuständigen Regierungspräsidium beantragt?

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

**14. Abschlussprogramm Kommunale Altlastenbeseitigung STV/0839/2007
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.2007 -**

Antrag:

Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten darüber zu berichten, ob er eine Voranmeldung zum Abschlussprogramm kommunaler Altlastenbeseitigung des Hessischen Ministeriums für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Untersuchung und ggf. Sanierung von Altlasten eingereicht und welche Altlasten er dabei berücksichtigt hat.

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

15. Handwerkerparken; STV/0832/2007
hier: Ausnahmegenehmigung zum Parken für Handwerker
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 26.02.2007 -

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten, ob ein so genanntes „Handwerkerparken“, dass Handwerkern mit der Erwerbung eines Sonderausweises ermöglichen soll, während ihrer Aufträge auch in Verbotszonen zu parken, eingerichtet werden kann.

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

16. Alternative Bestattungsformen; STV/0834/2007
hier: Friedwald im Bereich der städtischen Wälder
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 26.02.2007 -

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten,

- Ob es von Seiten der Stadt Gießen bereits Überlegungen, Planungen gibt einen Friedwald im Bereich der städtischen Wälder einzurichten.
- Welche Gründe würden gegen eine Einrichtung sprechen?
- In welchem Bereich der städtischen Wälder könnte der Magistrat eine Genehmigung für einen Friedwald erteilen?

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

17. Fortschreibung des Energieberichts STV/0836/2007
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und
FDP vom 18.02.2007 -

Antrag:

1. Der Magistrat wird gebeten, den Energiebericht in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken fortzuschreiben.
2. Bei der Renovierung städtischer Gebäude, insbesondere bei Schulen, sollen Energieeinsparungen potentiell genutzt werden.
3. Im Rahmen der Haushaltsumstellung auf die Doppik sollen die Energiekosten der einzelnen Gebäude gesondert aufgeführt werden.
4. Die Stadt Gießen tritt dem Klimabündnis bei.

Stadtverordnetenvorsteher Gail weist darauf hin, dass die Vorlage in der Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses wie folgt

geändert worden sei:

1. Der Magistrat wird gebeten, den Energiebericht in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken fortzuschreiben. ***Dabei soll der Energieverbrauch der Gebäude erfasst und die möglichen Einsparpotentiale dargestellt werden.***
2. Bei der Renovierung städtischer Gebäude, insbesondere bei Schulen, sollen Energieeinsparungen potentiell genutzt werden.
3. Im Rahmen der Haushaltsumstellung auf die Doppik sollen die Energiekosten der einzelnen Gebäude gesondert aufgeführt werden.
4. Die Stadt Gießen tritt dem Klimabündnis bei.

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache geändert einstimmig beschlossen.

- 18. Durchführung des Projekts "Stolpersteine" STV/0840/2007**
- Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP, und FW sowie der BLG-Stadtoberordneten vom 27.02.2007 -
-

Antrag:

Die Stadtoberordnetenversammlung bittet den Magistrat, das Projekt „Stolpersteine“ in Gießen durchzuführen. Sie erteilt dem Künstler Gunter Demning die Genehmigung, im Einvernehmen mit der städtischen Verwaltung die Steine zu verlegen und informiert die Bürgerschaft über Möglichkeiten, sich an den Stolpersteinen zu beteiligen. Finanziert wird die Herstellung und Verlegung der Stolpersteine durch Spenden, Sammlungen und Patenschaften.

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

Die Sitzung wird von 20:40 Uhr bis 21:00 Uhr für eine Pause unterbrochen.

Die Tagesordnungspunkte 19 und 20 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Teil B:

- 19. Bebauungsplan GI 03/07 "Dulles-Siedlung"; STV/0790/2007**
hier: Billigungsbeschluss über den Vorentwurf
- Antrag des Magistrates vom 02.02.2007 -
-

Antrag:

1. Der Bebauungsplan-Vorentwurf GI 03/07 „Dulles-Siedlung“ (Anlage) sowie die eigenständigen, in den Bebauungsplan integrierten bauordnungsrechtlichen Festsetzungen (§ 81 Hess. Bauordnung HBO) und die wasserrechtliche Satzung (§

42 Hess. Wassergesetz HWG) wird mit seiner Begründung und der darin enthaltenen Umweltverträglichkeits-Vorprüfung gebilligt.

2. Auf Grundlage des Beschlusses zu Nummer 1 sind die frühzeitigen Beteiligungsverfahren für die Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 sowie die Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch BauGB durchzuführen.

Stv. Koch-Michel, BLG, stellt zu beiden Tagesordnungspunkten 4 und 5 folgenden Initiativantrag:

„Die beiden Vorlagen werden zurückgestellt.

Der Magistrat wird beauftragt, ein Entwicklungskonzept Gießen-Ost in materieller, räumlicher- und zeitlicher Hinsicht zu erstellen. Das Entwicklungskonzept ist der Stadtverordnetenversammlung spätestens bis Ende August vorzulegen. Daraus ist der verbindliche Plan zu entwickeln.“

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Koch-Michel, H. Geißler, Küster und Stadtrat Rausch.

Beratungsergebnis:

Der Initiativantrag wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Ja: 1 LINKE/BLG; StE: 3 LINKE)

Die Vorlage STV/0790/2007 wird mehrheitlich beschlossen (Ja: CDU/SPD/GRÜNE/FDP/FW; Nein: 1 LINKE, StE: 3 LINKE/BLG)

**20. Bebauungsplan GI 03/08 "Marshall-Siedlung"; STV/0803/2007
hier: Billigungsbeschluss über den Vorentwurf
- Antrag des Magistrates vom 12.02.2007 -**

Antrag:

1. Der Bebauungsplan-Vorentwurf GI 03/08 „Marshall-Siedlung“ (Anlage) sowie die eigenständigen, in den Bebauungsplan integrierten bauordnungsrechtlichen Festsetzungen (§ 81 Hess. Bauordnung HBO) und die wasserrechtliche Satzung (§ 42 Hess. Wassergesetz HWG) wird mit seiner Begründung und der darin enthaltenen Umweltverträglichkeits-Vorprüfung gebilligt.
2. Auf Grundlage des Beschlusses zu Nummer 1 sind die frühzeitigen Beteiligungsverfahren für die Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 sowie die Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch BauGB durchzuführen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; StE: LINKE/BLG)

21. Sondernutzungsgebührensatzung **STV/0707/2007**
- Antrag des Magistrats vom 04.01.2007 -

Antrag:

Die Satzung über die Erhebung von Gebühren für erlaubnispflichtige Sondernutzungen an öffentlichen Straßen der Universitätsstadt Gießen (Sondernutzungsgebührensatzung) wird in der aus der Anlage hervorgehenden Fassung beschlossen.

Stadtverordnetenvorsteher Gail merkt an, dass **folgender Änderungsantrag der Die Linke.Fraktion vorliegt:**

Im Gebührenverzeichnis zu § 1 Sondernutzungsgebührensatzung sollen folgende Gebühren gelten:

1.	Informationsstände	pro Tag	5 €
1.1	Informationsstände politischer Parteien	pro Tag	5 €
1.2	Stand 6 Wochen vor der Wahl	pauschal	30 €

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Sauer, Möller, Prof. Dr. Christidis, Beltz, Scherer und Koch-Michel.

Beratungsergebnis:

Der Änderungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Ja: Linke/BLG).

Die Vorlage STV/0707/2007 wird mehrheitlich beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Nein: Linke/BLG).

22. Beteiligungsbericht 2005 **STV/0722/2007**
- Antrag des Magistrats vom 07.02.2007 -

Antrag:

Der Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2005 der Universitätsstadt Gießen wird zur Kenntnis genommen. Gelegenheit zur Erörterung wurde gegeben.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

23. Anfrage des Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, gem. § 27 **ANF/0814/2007**
GO zum Beteiligungsbericht 2005

Anfrage:

1. Warum werden nicht mehr - wie es noch im Beteiligungsbericht 2003 üblich war -
 - a) die jeweilige Gesamtzahl der Mitglieder und b) die Namen aller Mitglieder in den verschiedenen Aufsichtsräten mitgeteilt?

2. Haben alle Mitglieder der Geschäftsführungsorgane oder ähnlicher Einrichtungen der Gemeinde, also dem Magistrat der Stadt Gießen gemäß §123 a die ihnen im Geschäftsjahr 2005 gewährten Bezüge mitgeteilt?
3. Welche haben dies bisher nicht gemacht?
4. Was gedenkt die Gemeinde zu unternehmen, um diese Regelung in der HGO zu realisieren?
5. Wie hat die Gemeinde darauf hingewirkt, dass die Mitglieder dieser Geschäftsführungsorgane oder ähnlicher Einrichtungen einer Veröffentlichung ihrer im Geschäftsjahr 2005 gewährten Bezüge zustimmen?
6. Wer ist Ansprechpartner für das städtische Beteiligungscontrolling?
7. Wann etwa ist der Beteiligungsbericht für 2006 zu erwarten?

Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, nimmt Stellung zur vorliegenden Antwort des Magistrats (ist der Niederschrift als Anlage beigelegt) und erklärt seine Anfrage als erledigt.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

**24. Datenschutzbericht 2006 STV/0742/2007
- Antrag des Magistrats vom 28.02.2007**

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat nehmen den Datenschutzbericht für das Jahr 2006 der kommunalen Datenschutzbeauftragten der Stadtverwaltung Gießen zur Kenntnis.

An der kurzen Aussprache beteiligen sich die Stv. Janitzki, Koch-Michel und Stadtrat Rausch.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

**25. Gießen-Pass STV/0502/2006
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 24.10.2006 -**

Antrag:

Der Magistrat unserer Stadt bietet den Gießen-Pass zum 01.01.2007 neu an: Die ursprüngliche Regelung beim Gießen-Pass, die bis zum 01.01.2002 gültig war, ist wieder einzuführen. Das heißt anspruchsberechtigt ist jeder, dessen Einkommen das 1,3-fache des Hartz-IV-Bedarfs, also ca. 1.000,- € z. B. bei Alleinstehenden, nicht übersteigt.

Der Gießen-Pass ermöglicht die Nutzung aller kommunaler Einrichtungen wie z. B. Stadtbusse, Schwimmbäder, Volkshochschule usw. zu 25 % des Normalpreises.

Die antragstellende Fraktion ändert die Vorlage wie folgt:

1. **Anspruchsberechtigt sind alle Personen bzw. Haushalte, deren Einnahmen den Eckregelsatz des ALG II nicht um mehr als 30 % übersteigt.**
2. **Die Ermäßigungen für Inhaber des Gießen-Passes werden auf 75 % festgelegt.**

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Beltz, Merz, Grothe und Bietz.

Beratungsergebnis:

Geändert mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/LINKE/BLG)

26. Gründung einer Projektgesellschaft zur Vermarktung der Wohnflächen nach Abzug der US-Armee - Antrag der FW-Fraktion vom 06.12.2006 - **STV/0626/2006**

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert, schnellstmöglich eine Projektgesellschaft zur Vermarktung der freiwerdenden Wohnflächen nach Abzug der US-Armee zu gründen.

Stv. Zippel, FW-Fraktion, ändert für die Antragsteller, den Antrag wie folgt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert:

1. Sobald wie möglich und intensiv mit der Bundesanstalt zur Vermarktung bundeseigener Liegenschaften Gespräche bezüglich der Wohnflächen im US-Depot zu führen.
2. Parallel hierzu alle notwendigen Maßnahmen für vorbereitende Gespräche zur Gründung einer Projektgesellschaft zur Vermarktung der freiwerdenden Wohnflächen nach Abzug der US-Armee einzuleiten. Ziel sollte sein, diese Gesellschaft kurzfristig für den Fall gründen zu können, dass die Giessener US-Wohnungen der Stadt Gießen zum Kauf angeboten werden.
3. **Für das Areal der freiwerdenden US-Wohnungen als langfristige Maßnahme (bis 2008) ein städtebauliches Entwicklungskonzept der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.**

Die Sitzung wird wegen Beratungsbedarf von 22:00 Uhr bis 22:15 Uhr unterbrochen.

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Möller, Beltz, Loheide, Scherer und Zippel.

Stv. Koch-Michel, BLG, bittet um getrennte Abstimmung gebeten.

Beratungsergebnis:

- Ziffer 1. wird einstimmig beschlossen.
- Ziffer 2. wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/LINKE/FDP/BLG; Ja: SPD/FW)
- Ziffer 3. wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE/FW/BLG)

**27. Verkehrsführung im Südviertel STV/0665/2006
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und
FDP vom 21.12.2006 -**

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, umgehend Gespräche mit der Justus-Liebig-Universität aufzunehmen, die zum Ziel haben, die Verbindungsstraße zwischen Heinrich-Buff-Ring und Wartweg zu sperren.

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Koch-Michel und Küster.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW, Nein: LINKE/BLG)

**28. Aufstellung eines Bebauungsplanes Südanlage 10 STV/0725/2007
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und
FDP vom 15.12.2006 -**

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, umgehend mit der Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens für den Bereich „Südanlage 10“ zu beginnen. Inhalt des Bebauungsplanes soll die Zielrichtung einer besonderen städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme in Verbindung mit sämtlichen rechtlich verfügbaren Möglichkeiten sein, die zur Umsetzung der Maßnahme erforderlich sind

Vorsitzender weist darauf hin, dass im Bauausschuss **folgende Änderung des Antragstextes sowie der Begründung erfolgt sei:**

Im Antragstext wird hinter den Worten „*mit sämtlichen rechtlich*“ das Wort „zur“ gestrichen. Der Antrag lautet somit wie folgt:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, umgehend mit der Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens für den Bereich „Südanlage 10“ zu beginnen. Inhalt des Bebauungsplanes soll die Zielrichtung einer besonderen

städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme in Verbindung mit sämtlichen rechtlich verfügbaren Möglichkeiten sein, die zur Umsetzung der Maßnahme erforderlich sind. Auch der Text der Begründung erfährt einige Änderungen. Er lautet wie nachstehend: Seit Jahrzehnten zeigen sich an o. g. stadtbildrelevanter Stelle keine sichtbaren baulichen Fortschritte. In den Jahren nach 2001 konnten durch unzählige Gespräche zwischen den Eigentümern, dem Magistrat und weiterer politisch relevanter Personen erreicht werden, dass eine geeignete Planung vorgelegt und eingereichte Bauanträge positiv beschieden wurden.

Stv. Koch-Michel, BLG, stellt folgenden Ergänzungsantrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt, bauaufsichtsrechtliche Anforderungen der Sicherung der Standsicherheit baulicher Anlagen im Umgriff des Grundstückes Südanlage 10 gutachterlich zu prüfen und bei Bedarf Ersatzvolumen zu veranlassen.“

Des Weiteren beantragt **Stv. Koch-Michel**, die nachstehenden Ausführungen von Stadtrat Rausch wörtlich zu Protokoll zu nehmen.

Stadtrat Rausch: *„Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, was hier wieder von Frau Koch-Michel verbreitet wird, Frau Koch-Michel, ich muss Ihnen leider sagen, ist eine Art und Weise, die ich für ziemlich unverschämt halte. Das Sie keine Kenntnis von Nichts haben, gut, das habe ich Ihnen schon mehrfach gesagt, gehe ich auch nicht weiter von ab. Aber, das was ich Ihnen sagen muss, ist ganz einfach: Vor nicht allzu langer Zeit, wenigen Tagen, hat in der Presse gestanden, dass die Stadt Gießen mit ihrem Bauordnungsamt dort tätig ist. Und deswegen finde ich es einfach unverschämt zu sagen, wir wären untätig. Die Maßnahmen, die notwendig sind, ergreifen wir. Aber wir können uns natürlich nicht von Ihnen vorschreiben lassen, was wir zuerst zu machen haben. Und es wird mit den Eigentümern darüber verhandelt, ob sie nun selbst was machen oder ob wir was machen lassen. Das alles konnten Sie der Presse entnehmen, deswegen finde ich es schon sehr merkwürdig wie Sie hier die Vorgänge darstellen. Das will ich nur sagen, das Bauordnungsamt ist in der Sache tätig, ist so tätig, dass es zu einem Ergebnis führt. Welches das letztendlich sein wird, muss abgestimmt werden und es kann auch nicht einfach nur hier wahllos vorgegangen werden. Sondern es ist ein abgestimmtes Verfahren und dieses findet statt zum Wohl der Nachbarschaft, damit hier nichts passiert.“*

An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Stv. Scherer und Beltz.

Beratungsergebnis:

Der Ergänzungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/LINKE/BLG)

Die Vorlage STV/0725/2007 wird mehrheitlich beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Nein: LINKE/BLG)

29. Vergabepaxis bei der Anbringung von Werbetafeln auf städtischen Flächen **STV/0731/2007**
- Antrag der BLG-Stadtvordneten vom 15.01.2007 -

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten,

1. zu berichten, ob die Vergabe bzw. Genehmigung von Werbetafeln auf vorgesehenen städtischen Flächen von Seiten städtischer Ämter oder ob diese von einer privaten Firma genehmigt und überwacht werden.
2. Nach welchen Kriterien erfolgt die Genehmigung?
3. Warum wurde die beantragte Plakatanbringung von Seiten des ASTA und DGB Jugendbüro zum Thema „Verfassungsklage Studiengebühren“ auf Anweisung des Oberbürgermeisters Haumann abgelehnt?
4. Sollte es sich hierbei um rechtliche Gründe handeln, bitte um Benennung dieser.

Der Magistrat wird gebeten, den Antrag des ASTA und DGB Jugendbüro auf Anbringung der Plakate „Verfassungsklage Studiengebühren“ auf städtische Flächen, **kostenfrei**, zu genehmigen.

Beratungsergebnis: Wird von der Antragstellerin zurückgezogen.

30. Neufassung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen **STV/0450/2006**
- Antrag des Ältestenrates vom 12.09.2006 -

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage beigefügte Neufassung der Geschäftsordnung.

Stadtverordnetenvorsteher Gail ruft die Tagesordnungspunkte 30 bis 30.4 gemeinsam auf. Er schlägt vor, wie bereits in der HFWR-Sitzung praktiziert, die Änderungsanträge anhand der Synopse zum Entwurf der Neufassung der Geschäftsordnung, Stand 01.03.2007 (*im Folgenden „GO-Entwurf“ genannt*), zu behandeln. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

D zu § 4 Ziffer 4 GO:	Antrag des Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, in der Sitzung des Ältestenrates am 08.07.2006: <i>„Bei der Berechnung der Höhe der Fraktionszuwendungen gem. § 36a Abs. 4 HGO werden Hospitantinnen/Hospitanten wie Fraktionsmitglieder berücksichtigt.“</i>	Stv. Janitzki begründet den Antrag. Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Ja: LINKE/BLG).
------------------------------	---	---

	<p>Wählergruppen, die bei den Wahlen nur einen Sitz in der Stadtverordnetenversammlung erlangt haben, wird die Hälfte des Fraktions-Sockelbetrages gewährt.“</p>	
<p>A zu § 4 Ziffer 4 GO:</p>	<p>Antrag der SPD-Fraktion (STV/0507/2006): Ziffer 4 lautet: <i>„Bei der Berechnung der Höhe der Fraktionszuwendungen gem. § 36a Abs. 4 HGO werden Hospitantinnen/Hospitanten wie Fraktionsmitglieder berücksichtigt. Wählergruppierungen, die nur mit einer Person im Parlament vertreten sind, erhalten 25% des Fraktions-Sockelbetrages.“</i></p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/FW; StE: LINKE/BLG).</p>
<p>D zu § 5 Ziffer 2 GO:</p>	<p>Antrag des Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, in der Sitzung des Ältestenrates am 08.07.2006: <i>Der Satz „Die anschließende Entscheidung der Stadtverordneten-vorsteherin/des Stadtverordnetenvor-stehers ist endgültig“ entfällt.</i></p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: LINKE; StE: SPD/BLG)</p>
<p>A zu § 5 Ziffer 2 GO:</p>	<p>Antrag der SPD-Fraktion (STV/0507/2006): <i>Streichung des letzten Satzes. Statt dessen: „Anschließend entscheidet die Stadtverordnetenversammlung ohne Aussprache.“</i></p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/1 LINKE; StE: 3 LINKE/BLG)</p>
<p>D zu § 8 Ziffer 2 GO:</p>	<p>Antrag des Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, in der Sitzung des Ältestenrates am 08.07.2006: <i>Satz 1 lautet: „Der Ältestenrat besteht aus dem Präsidium, den Fraktionsvorsitzenden und den Vertretern der Wählergruppen, die durch Wahlen in der Stadtverordnetenversammlung vertreten sind.“ Satz 3 entfällt.</i></p>	<p>Stv. Janitzki begründet den Antrag. Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: LINKE/BLG; StE: SPD).</p>
<p>A zu § 8 Ziffer 2 GO:</p>	<p>Antrag der SPD-Fraktion (STV/0507/2006): <i>Der letzte Satz der Ziffer 2 lautet: „Stadtverordnete ohne Fraktionsstatus können vom Ältestenrat für die Dauer einer Legislaturperiode kooptiert</i></p>	<p>Stv. Janitzki nimmt Stellung zum vorliegenden Antrag. Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/LINKE; StE: BLG).</p>

	werden.“	
A zu § 9 GO:	Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP zu STV/0450/2006: Die Überschrift lautet: „Aufgaben <u>und Arbeitsweise</u> des Ältestenrates“	Einstimmig beschlossen.
A zu § 11 Ziffer 1 GO:	Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP zu STV/0450/2006: Ziffer 1 lautet: „Die Tagesordnung und der Zeitpunkt der Sitzung werden von der Stadtverordneten- vorsteherin/dem Stadtverordnetenvorsteher im Benehmen mit <u>dem Ältestenrat und dem Magistrat</u> festgesetzt.“	Einstimmig beschlossen.
D zu § 11 Ziffer 2 GO:	Antrag des Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, in der Sitzung des Ältestenrates am 08.07.2006: „Die Tagesordnung besteht aus folgenden Teilen: A. Anträge, die ohne Aussprache abgestimmt werden B. Anträge, die mit Aussprache behandelt werden.“	Von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.
A zu § 11 Ziffer 2 GO:	Antrag der SPD-Fraktion (STV/0507/2006): Ziffer 2 lautet: „Die Tagesordnung besteht aus folgenden Teilen: A. Anträge, die ohne Aussprache abgestimmt werden. B. Anträge, die nach Aussprache abgestimmt werden.“	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/LINKE/BLG).
D zu § 11 Ziffer 3 GO:	Antrag des Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, in der Sitzung des Ältestenrates am 22.08.2006: Die in einer Sitzung nicht abgearbeiteten Tagesordnungspunkte werden in der folgenden Sitzung zu Beginn behandelt, noch vor Teil A. Dies gilt für den Fall, dass die Unterteilung in die Teile A, B, C (§ 11 Ziffer 2 GO) erfolgt.	Von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

<p>A zu § 11 Ziffer 3 GO:</p>	<p>Antrag der SPD-Fraktion (STV/0507/2006): <i>Ziffer 3 lautet: „Anträge, die in der letzten Stadtverordnetenversammlung nicht mehr aufgerufen werden konnten, sind vorrangig zu platzieren.“</i></p>	<p>Von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen!</p>
<p>D zu § 12 Ziffer 5 GO: (vor dem 28.2.07: § 23 GO)</p>	<p>Antrag des Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, in der Sitzung des Ältestenrates am 08.07.2006: <i>Das Wort „sachdienlich“ ist zu ersetzen durch „angängig“.</i></p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/LINKE/BLG).</p>
<p>A zu § 12 Ziffer 5 GO: (vor dem 28.2.07: § 13 GO)</p>	<p>Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP zu STV/0450/2006: <i>Ziffer 2 lautet: „Beschlüsse, die in nichtöffentlicher Sitzung gefasst werden, sollen, soweit dies sachdienlich ist, nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit <u>von dem Stadtverordnetenvorsteher</u> bekannt gegeben werden.“</i></p>	<p>Einstimmig beschlossen.</p>
<p>A zu § 14 GO: (vor dem 28.2.07: § 13 GO)</p>	<p>Antrag der Die Linke.Fraktion (STV/0501/2006): <i>§ 13 lautet: „Teilnahme des Ausländerbeirates</i> <i>1. Zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse werden zwei Vertreter oder Vertreterinnen des Ausländerbeirates Gießen eingeladen. Sie haben zu Tagesordnungspunkten, die Interessen der ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner berühren, Rederecht. Die Vertretung des Ausländerbeirates hat eine Redezeit von max. zehn Minuten.</i> <i>2. Der Ausländerbeirat hat gem. § 88 Abs. 2 HGO in allen Angelegenheiten, die ausländische Einwohner betreffen, ein Vorschlagsrecht. Die Vorschläge sind rechtzeitig vor dem</i></p>	<p>Von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen!</p>

	<p><i>Abgabetermin schriftlich beim Stadtverordnetenvorsteher einzureichen und werden wie Anträge der Stadtverordneten behandelt.“</i></p> <p>Antrag der Die Linke.Fraktion (STV/0500/2006):</p> <p><i>Es wird eine neuer Paragraph eingefügt</i></p> <p><i>„Teilnahme der Ortsvorsteher“</i></p> <p><i>1. Zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse werden alle Ortsvorsteher/ Ortsvorsteherinnen eingeladen. Ihnen (oder dem/der vom Ortsbeirat bestimmten Vertreter/Vertreterinnen) soll zu allen wichtigen Angelegenheiten, welche die Interessen seines/ihres Ortsbezirks betreffen, ein Rede-recht eingeräumt werden. Die Redezeit der Ortsvorsteher zu einem Tagesordnungspunkt beträgt max. 10 Minuten.</i></p> <p><i>2. Die Ortsbeiräte haben gem. § 82 Abs. 3 HGO zu allen Angelegenheiten, die den Ortsbezirk angehen, ein Vorschlagsrecht. Die Vorschläge sind rechtzeitig vor dem Abgabetermin schriftlich beim Stadtverordnetenvorsteher einzureichen. Sie müssen, um als Antrag behandelt zu werden, von einer Fraktion übernommen werden.“</i></p>	<p>Von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen!</p>
<p>A zu § 14 GO: (vor dem 28.2.07: § 13 GO)</p>	<p>Antrag der SPD-Fraktion (STV/0507/2006): § 13 lautet:</p> <p><i>„1. Zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse werden zwei Vertreterinnen/Vertreter des Ausländerbeirates eingeladen. Sie haben zu Tagesordnungspunkten, die die Interessen der ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner berühren, Rederecht.</i></p>	<p>Stv. Bietz, SPD-Fraktion, stellt folgenden Änderungsantrag zu Ziffer 3.:</p> <p><i>„Der Magistrat informiert die Stadtverordnetenversammlung über die bei ihm eingegangenen Vorschläge des Ausländerbeirates. Die Stadtverordnetenversammlung</i></p>

	<p>2. Die Redezeit entspricht der der Fraktionen.</p> <p>3. Der Ausländerbeirat hat gem. § 88 Abs. 2 HGO in allen Angelegenheiten, die ausländische Einwohnerinnen und Einwohner betreffen, ein Vorschlagsrecht. Die Vorschläge sind gemäß der für alle geltenden Fristen beim Stadtverordnetenvorsteher einzureichen und werden in den Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung wie Anträge behandelt.</p> <p>4. Zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse werden alle Ortsvorsteherinnen/Ortsvorsteher eingeladen. Ihnen (oder der/dem von der/dem Ortsvorsteherin/Ortsvorsteher bestimmten Vertreterin/Vertreter) soll zu allen Angelegenheiten, welche die Interessen eines Ortsteiles betreffen, Rederecht eingeräumt werden. Die Redezeit entspricht der der Fraktionen. Ortsbeiräte haben gem. § 82 Abs. 3 HGO zu allen Angelegenheiten, die den Ortsteil betreffen, ein Vorschlagsrecht. Sie müssen, um als Antrag behandelt zu werden, von einer Fraktion übernommen werden.“</p>	<p>entscheidet, ob diese Vorschläge wie Anträge der Fraktionen zu behandeln sind.“</p>
--	---	--

Stv. Janitzki nimmt Stellung zum vorliegenden Antrag. Aufgrund der Behauptung von Stv. Janitzki, die CDU sei bekannt dafür, Ausländer auszugrenzen, ermahnt **Stadtverordnetenvorsteher Gail** ihn, bei seiner Wortwahl vorsichtiger zu sein.

Stv. Janitzki beantragt aufgrund dessen, den Ältestenrat einzuberufen.

Die Sitzung wird von 23:28 Uhr bis 00:03 Uhr für eine Ältestenratsitzung unterbrochen.

Stv. Janitzki wird das Wort erteilt. Er erklärt, er habe nicht sagen wollen, dass die CDU eine ausländerfeindliche Partei sei. Er übt Kritik an der Haltung der CDU, die - seiner Meinung nach - manchmal zur Ausgrenzung von Ausländern führe, wie im vorliegenden Fall.

Vorsteher kritisiert Janitzkis Aussagen und merkt an, er halte sich nicht an die Absprachen, die im Ältestenrat getroffen wurden.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, weist die Behauptungen aufs Schärfste zurück. Er bittet ihn, sich eindeutig von seinen Aussagen zu distanzieren und bietet an, sobald er seine Aussagen zurücknimmt, könne man die abrupt unterbrochene Aussprache zu diesem Thema fortsetzen.

Stv. Merz, SPD-Fraktion, äußert Verständnis für die Aufregung der CDU-Fraktion, appelliert aber an sie, ihre Zustimmung zum SPD-Änderungsantrag nicht von einer Entschuldigung des Stv. Janitzkis abhängig zu machen.

Es folgt eine Wortmeldung des **Stv. Prof. Dr. Christidis**, Die Linke-Fraktion.

Stv. Möller gibt folgende persönliche Erklärung ab: *„Im Namen der CDU-Fraktion verkünde ich das Meinungsbild, das eben nach Vorne gekommen ist: Spätestens nach dem 2. Redebeitrag ist die Geschäftsordnungsdebatte für heute beendet. Wir werden sie heute nicht verabschieden. Wir lassen uns in diese Ecke nicht schieben, von gar nicht von einer Partei, die im Verfassungsschutzbericht erwähnt ist. Und zwar erwähnt ist, jedes Jahr in der gesamten Zusammensetzung als eine zu dringend beobachtende Organisation und Partei, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt und zwar fortgesetzt und jedes Jahr. Ich lasse Ihnen gerne ein Berichtsexemplar zukommen, auch im neuesten Exemplar 2007 steht es wieder. Von solchen Parteien, schon gar nicht von solchen Parteien, lassen wir uns das als Union, die diesen Staat aufgebaut hat und verantwortungsvoll gestaltet hat, nicht gefallen.“*

Und wenn Sie es noch nicht einmal schaffen, dass, wenn Ihnen im Rahmen einer Debatte etwas entgleitet, was jedem passieren kann, das habe ich auch vorhin gesagt, das kann jedem passieren und in dem Moment, wo Sie das merken, dass es etwas über das Ziel hinaus geschossen war und da gibt es Beispiele, die sind da professioneller, sagen: ‚War nicht so gemeint, ich korrigiere‘. Selbst diese Stärke besitzen Sie nicht. Und jetzt noch einen oben drauf zu setzen, mit Worten wie Geiselhaft zu agieren. Meine Damen und Herren, dafür ist dieser Abend zu schade und das lassen wir uns als CDU, als stärkste Fraktion in diesem Hause und mit unserer Historie nicht gefallen. Die Geschäftsordnung findet heute keine Mehrheit.“

Es folgen noch Redebeiträge der Stv. Scherer und Bietz.

Stv. Zippel, FW-Fraktion, beantragt, die Tagesordnungspunkte 30 bis 30.4 bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in der Beratung zurückzustellen.

Dem Antrag auf Zurückstellung wird mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP/FW; Nein: LINKE/BLG; StE: SPD)

Beratungsergebnis: Beratung unterbrochen und zurückgestellt.

**30.1. Gleichbehandlung von "Ein-Personen-Fraktionen"
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 30.08.2006 -**

STV/0194/2006

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Gruppen, die in die Stadtverordnetenversammlung gewählt wurden, aber dort nur mit einem Sitz vertreten sind,

1. sind in die Arbeit des Ältestenrates einzubinden und gleichberechtigt bei seinen Beratungen zu beteiligen. In diesem Sinne ist der § 8 der *Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung* zu ändern.
2. erhalten eine angemessene finanzielle Unterstützung für ihre Aufwendungen zur Geschäftsführung.

Beratungsergebnis: Beratung unterbrochen und zurückgestellt.

**30.2. Teilnahme der Ortsbeiräte
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 24.10.2006 -**

STV/0500/2006

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt für ihre neue Geschäftsordnung einen neuen Paragraphen, der die Teilnahme der Ortsbeiräte regelt, in der folgenden Fassung:

Teilnahme der Ortsvorsteher

1. Zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse werden alle Ortsvorsteher/Ortsvorsteherinnen eingeladen.
Ihnen (oder dem/der vom Ortsbeirat bestimmten Vertreter/Vertreterin) soll zu allen wichtigen Angelegenheiten, welche die Interessen seines/ihrer Ortsbezirks betreffen, ein Rederecht eingeräumt werden.
Die Redezeit der Ortsvorsteher zu einem Tagesordnungspunkt beträgt max. 10 Minuten.
2. Die Ortsbeiräte haben gem. § 82 Abs. 3 zu allen Angelegenheiten, die den Ortsbezirk angehen, ein Vorschlagsrecht. Die Vorschläge sind rechtzeitig vor dem Abgabetermin schriftlich beim Stadtverordnetenvorsteher einzureichen.
Sie müssen, um als Antrag behandelt zu werden, von einer Fraktion übernommen werden.

Beratungsergebnis: Beratung unterbrochen und zurückgestellt.

**30.3. Rede- und Vorschlagsrecht des Ausländerbeirates
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 24.10.2006 -**

STV/0501/2006

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt für ihre neue Geschäftsordnung die folgende Fassung des § 13:

neuer § 13 GO: Teilnahme des Ausländerbeirates

1. Zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse werden zwei Vertreter oder Vertreterinnen des Ausländerbeirates Gießen eingeladen. Sie haben zu Tagesordnungspunkten, die Interessen der ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner berühren, Rederecht.
Die Vertretung des Ausländerbeirates hat eine Redezeit von max. zehn Minuten.
2. Der Ausländerbeirat hat gem. § 88 Abs. 2 HGO in allen Angelegenheiten, die ausländische Einwohner betreffen, ein Vorschlagsrecht. Die Vorschläge sind rechtzeitig vor dem Abgabetermin schriftlich beim Stadtverordnetenvorsteher einzureichen und werden wie Anträge der Stadtverordneten behandelt.

Beratungsergebnis: Beratung unterbrochen und zurückgestellt.

**30.4. Änderungsanträge zur Geschäftsordnung der
Stadtverordnetenversammlung
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.10.2006 -**

STV/0507/2006

Antrag:

§ 4 Ziffer 4 GO:

Antrag: Bei der Berechnung der Höhe der Fraktionszuwendungen gemäß § 36 a Abs. 4 HGO werden Hospitantinnen /Hospitanten wie Fraktionsmitglieder berücksichtigt. Wählergruppierungen, die nur mit einer Person im Parlament vertreten sind, erhalten 25 % des Fraktions-Sockelbetrages.

§ 5 Ziffer 2 GO:

Antrag: Streichung des letzten Satzes. Statt dessen: Anschließend entscheidet die Stadtverordnetenversammlung ohne Aussprache.

§ 8 Ziffer 2:

Antrag: Letzter Satz der Ziffer 2: Stadtverordnete ohne Fraktionsstatus können vom Ältestenrat für die Dauer einer Legislaturperiode kooptiert werden.

§ 11 Ziffer 2 GO, § 11 Ziffer 3 GO:

Antrag zu Ziffer 2: Die Tagesordnung besteht aus folgenden Teilen: A. Anträge, die ohne Aussprache abgestimmt werden. B. Anträge, die nach Aussprache abgestimmt werden.

Antrag Ziffer 3 neu: Anträge, die in der letzten Stadtverordnetenversammlung nicht mehr aufgerufen werden konnten, sind vorrangig zu platzieren.

§ 13 GO:

Antrag:

Ziffer 1: Zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse werden zwei Vertreterinnen/ Vertreter des Ausländerbeirates eingeladen. Sie haben zu Tagesordnungspunkten, die die Interessen der ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner berühren, Rederecht.

Ziffer 2: Die Redezeit entspricht der der Fraktionen.

Ziffer 3: Der Ausländerbeirat hat gem. § 88 Abs. 2 HGO in allen Angelegenheiten, die ausländische Einwohnerinnen und Einwohner betreffen, ein Vorschlagsrecht. Die Vorschläge sind gemäß der für alle geltenden Fristen beim Stadtverordnetenvorsteher einzureichen und werden in den Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung wie Anträge behandelt.

Ziffer 4: Zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse werden alle Ortsvorsteherinnen /Ortsvorsteher eingeladen. Ihnen (oder dem/der vom/von der Ortsvorsteher/der Ortsvorsteherin bestimmten Vertreter/ Vertreterin) soll zu allen Angelegenheiten, welche die Interessen eines Ortsteiles betreffen, Rederecht eingeräumt werden.

Die Redezeit entspricht der der Fraktionen.

Ortsbeiräte haben gem. § 82 Abs. 3 HGO zu allen Angelegenheiten, die den Ortsteil betreffen, ein Vorschlagsrecht. Sie müssen, um als Antrag behandelt zu werden, von einer Fraktion übernommen werden.

§ 26, Ziffer 2:

Antrag: Abgabetermin für die Anträge ist Dienstag, 12 Uhr vor der jeweils ersten Ausschusswoche.

§ 44 Ziffer 5 GO:

Antrag: Die Gesamtredezeit einer Fraktion zu einem Verhandlungsgegenstand beträgt zehn Minuten.

Beratungsergebnis: Beratung unterbrochen und zurückgestellt.

31. Künftige Nutzung US-Housing Areas - Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 25.02.2007 -

STV/0843/2007

Antrag:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, welche Gebäude- und Freiflächen die Stadt zukünftig aus dem Areal der freiwerdenden amerikanischen Flächen übernehmen kann, um die Infrastruktur in dem Gebiet der Marshall- und Dulles-Siedlung als Wohnflächen zukünftig aufrecht erhalten zu können.

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung zurückgestellt.

**32. Autofreier Sonntag in der Universitätsstadt Gießen STV/0844/2007
- Antrag der FW-Fraktion vom 26.02.2007 -**

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert einen jährlich wiederkehrenden „autofreien Sonntag“ im Gebiet der Universitätsstadt Gießen einzuführen.

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung zurückgestellt.

**33. Geplantes Müllheizkraftwerk (Leihgesterner Weg) STV/0898/2007
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.03.2007 -**

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat, insbesondere die Umweltdezernentin, und die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung und im Aufsichtsrat der Stadtwerke Gießen AG auf, sich dafür einzusetzen, dass das von den Stadtwerken geplante Müllheizkraftwerk (TREA) am Leihgesterner Weg nur unter folgenden Bedingungen realisiert wird:

- Beim Betrieb der Anlage muss unabhängig von den derzeit geltenden rechtlichen Bestimmungen der neueste Stand der Technik, insbesondere in Bezug auf die Abgasreinigung, angewandt werden, und zukünftige technische Fortschritte müssen zu Nachrüstungen führen.
- Die zu verbrennenden Abfälle müssen bei der Anlieferung einer strengen Kontrolle unterliegen, um die Entstehung von schädlichen Stoffen (z.B. Dioxine) möglichst gering zu halten
- Die Verkehrsbelastung muss so gestaltet werden, dass durch die Anlieferung keine zusätzliche Verkehrsbelastung in Wohngebieten entsteht.

Außerdem wird der Magistrat aufgefordert, seine im Genehmigungsverfahren eingereichte Stellungnahme unverzüglich öffentlich zu machen.

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung zurückgestellt.

34. Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes **STV/0792/2007**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 02.02.2007 -

Antrag:

Der Magistrat der Stadt Gießen wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass die denkmalgeschützte Treppe zu Alter Wetzlarer/Friedrichstraße mit Beratung von Steinmetzen und anderen Fachleuten, erhalten wird.

Des Weiteren sind die Planung für die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes Busfahrer, Fahrgäste von Bus und Bahn, Blinde und Sehbehinderte sowie Rollstuhlfahrer bzw. ihre Vertretungen einzuladen.

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung zurückgestellt.

35. "Historische Treppe " am Bahnhofplatz **STV/0829/2007**
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 26.02.2007 -

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten,

- In welchem baulichen Zustand befindet sich die „Historische Treppe“ am Bahnhofsvorplatz.
- Welche Kosten müssten für eine Sanierung veranschlagt werden.
- Könnte die Stadt Gießen Drittmittel für die Sanierung beantragen.

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung zurückgestellt.

36. Anfrage des Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, gem. § 27 **ANF/0815/2007**
GO - Aufsichtsrat Stadtwerke Gießen GmbH -

Anfrage:

Zum Aufsichtsrat(AR)

1. Wie viele Mitglieder hat der AR insgesamt?
2. Wann und von wem sind die weiteren Mitglieder der Stadt Gießen benannt worden?
3. Welche Kriterien werden an die weiteren Mitglieder der Stadt Gießen gestellt? Müssen sie ihren Wohnort in Gießen haben? Müssen sie Stadtverordnete sein?
4. Ist Dr. Fuhrmann noch Mitglied im AR?
5. Wer ist der Nachfolger im AR für Herrn Lange?

Zur Arbeit des AR

6. Wie oft tagt der Aufsichtsrat?
7. Gibt es eine Geschäftsordnung und/oder eine Satzung zur Arbeit des AR?
8. Hat jedes Mitglied des AR ein Exemplar von Geschäftsordnung und/oder Satzung?
9. Können die Stadtverordneten auf Wunsch ein Exemplar der GO und/oder Satzung erhalten?
10. Hat der AR Gremien eingerichtet, denen besondere Rechte oder Befugnisse eingeräumt wurden?
11. Welche Gremien sind das und welche Rechte oder Befugnisse sind eingeräumt?
12. Hat der gesamte AR über die Höhe der Vergütung für den Vorstandsvorsitzenden und für das Technische Vorstandsmitglied entschieden oder wer sonst hat das entschieden?
13. Ist der gesamte AR über die Höhe der Vergütung für den Vorstandsvorsitzenden für das Technische Vorstandsmitglied informiert?
14. Seit wann wurde der gesamte AR darüber informiert?
15. Hat der AR das Recht, sich die Kalkulationen für anstehende Strom- oder Gaspreiserhöhungen vom Vorstand vorlegen zu lassen?
16. Sind dem AR die Bezugspreise für Gas und Strom mitgeteilt worden?

Auskünfte zu den Tarifen

17. Preise (incl. Mwst.) für Gas, Strom und Wasser seit dem Jahr 2000 für die verschiedenen Mengengruppen
18. Preis für Abwasser seit 2000 für die verschiedenen Mengengruppen
19. Kosten für Wasserzähler ab 2000
20. Bustarife seit 2000
21. Eintrittspreise Schwimmbad seit 2000

Stromsperrungen

22. Anzahl der Stromsperrungen für das Jahr 2006
23. Wie viele Zähler waren insgesamt am 1. 3. 07 gesperrt?

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung zurückgestellt.

37. Bauleitplanung "Botanischer Garten" - Antrag der Bürgerliste Gießen vom 26.02.2007 -

STV/0823/2007

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, weitere bauleitplanerische Schritte für den Bebauungsplanbereich „Botanischer Garten“ einzuleiten und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlusslage vorzulegen.

Weiterhin ist zu berichten, wann die Durchführung der Beteiligung der Bürger und Träger öffentlicher Belange stattgefunden hat und ob die Abwägung dieser bereits erfolgt ist.

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung zurückgestellt.

- 38. Baumfällungen im Bereich der Wieseck zwischen Moltkestraße und Berliner Platz - Antrag der Bürgerliste Gießen vom 26.02.2007 -** **STV/0825/2007**
-

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten, aus welchem Anlass im Bereich der Wieseck zwischen Moltkestraße und Berliner Platz Baumfällungen stattgefunden haben.

Wie hoch war die Anzahl, Art der Bäume und welchen Stammumfang hatten diese. Sollen noch weitere Bäume, Sträucher in diesem Bereich entfernt werden. Werden Ersatzpflanzungen vorgenommen, an welcher Stelle und welche Anzahl. Sind die Fällungen im Zusammenhang mit der Bautätigkeit „Berliner Platz“ zu sehen.

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung zurückgestellt.

- 39. Medienkompetenz und präventiver Jugendmedienschutz - Antrag der SPD-Fraktion vom 27.02.2007 -** **STV/0830/2007**
-

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Stadtparlament der Stadt Gießen fordert die Landesanstalt für den privaten Rundfunk (LPR) auf, die Einrichtung des Medienprojektzentrums Offener Kanal Gießen mit seinen Projekten (Schul-TV in Ganztagschulen, Medienerziehung in Kindertagesstätten als berufsbegleitende Qualifikation für Erzieher/innen, das Nordstadtfernsehen, Trickboxx-Projekte, Medienkompetenz für zukünftige Erzieher/innen und die Förderung von Medienkompetenz für Schülerinnen und Schüler an siebzehn Schulen und acht Kinderbetreuungseinrichtungen im Landkreis und in der Stadt Gießen) zu sichern und die erfolgreiche Kooperation mit der Justus-Liebig-Universität Gießen und Fachhochschule Gießen-Friedberg fortzuführen.

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung zurückgestellt.

40. **Erhaltung des Medienprojektzentrums "Offener Kanal Gießen"** **STV/0835/2007**
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 26.02.2007 -
-

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten, welche Schritte/Maßnahmen er bisher unternommen hat, um die drohende Schließung, aufgrund der geplanten Änderung des Hessischen Privatrundfunkgesetzes (HPRG), von Medienkompetenzangeboten, wie z. B. Nordstadtfernsehen abzuwenden?.

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung zurückgestellt.

41. **Schutz vor Passivrauchen** **STV/0838/2007**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.2007 -
-

Antrag:

Der Magistrat wird beauftragt, das Rauchen in den öffentlichen Gebäuden der Stadt ab sofort ausnahmslos zu untersagen.

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung zurückgestellt.

42. **Ablehnung der Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen** **STV/0841/2007**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.2007 -
-

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen bekräftigt ihren Beschluss vom 16.11.2006, in dem sie Freisetzungen von gentechnisch veränderten Pflanzen ablehnt, wenn dies aus kommerziellen Gründen unternommen wird und wenn sie das Risiko der Auskreuzung der gentechnisch veränderten Pflanzen in sich birgt. In Konkretisierung dieses Beschlusses lehnt die Stadtverordnetenversammlung die auf den Flächen der Justus-Liebig-Universität im Rahmen des Sortenzulassungsverfahrens geplante Freisetzung von Maissorten, der gentechnisch veränderten Sorte MON810 ab. Die verantwortlichen Stellen der Justus-Liebig-Universität werden gebeten, von der Durchführung dieses Versuchs Abstand zu nehmen. Der Magistrat wird aufgefordert, in Gesprächen mit der Leitung der Universität darauf hin zu wirken, dass diese Freisetzung in Gießen unterbleibt. Der Magistrat wird darüber hinaus aufgefordert, die Bevölkerung auf geeignete Weise über die Aussaat und die damit verbundenen Risiken

zu informieren.

Beratungsergebnis: Nichtbefassung.

43. Beseitigung der Problemflächen in Reichensand und Bahnhofstraße **STV/0842/2007**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.2007 -

Antrag:

Der Magistrat wird gebeten darüber zu berichten, welche Maßnahmen er entwickelt und vorsieht, um die Bebauung und damit die Beseitigung der Problemflächen Reichensand (Samen-Hahn) und Bahnhofstraße (Alte Post) zu realisieren.

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung zurückgestellt.

44. Fertigstellung des letzten Teilstücks Kanalsanierung Wetzlarer Straße/Zum Weiher, Kleinlinden **STV/0846/2007**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.02.2007 -

Antrag:

Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, sich bei den Mittelhessischen Abwasserbetrieben dafür einzusetzen, dass noch im Jahr 2007 das letzte Teilstück des zweischrittigen Bauverfahrens der projektierten Kanalsanierung Wetzlarer Straße/ Zum Weiher in Kleinlinden fertig gestellt wird.

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung zurückgestellt.

45. Berichts Antrag zur GISPO GmbH **STV/0847/2007**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 27.02.2007 -

Antrag:

Der Magistrat möge berichten:

1. Bitte geben Sie eine genaue Aufstellung aller in die Sporthalle Gießen Ost seit 1995 getätigten Investitionen.
 - a) Welche Investitionen waren davon in erster Linie für den Schulbetrieb bestimmt?
 - b) Welche davon in erster Linie für die Gießen 46ers?
 - c) Welche davon sind weder a) noch b) zuzuordnen?

2. a) Wie hoch ist ungefähr die Mietzahlung für eine Sportveranstaltung eines anderen Profivereins (z. B. des HSG Wetzlar in der Rittal-Arena), die vergleichbar mit einem Bundesligaspiel der Gießen 46ers in der Sporthalle Gießen Ost ist?
b) Wie hoch sind ungefähr die jährlichen Mietkosten für die gesamte Nutzung der Einrichtungen der Sporthalle Gießen Ost durch die Gießen 46ers sowohl bei Training als auch bei den Spielen anzusetzen, wenn sie vergleichbar mit der Nutzung einer gewerblichen Sporthalle sein sollen?
3. Wie lautet wörtlich der genaue Text, mit dem der Magistrat die Ausfallbürgschaft für die GISPO dem Regierungspräsidenten gegenüber begründet?
4. Bitte geben Sie eine genaue Aufstellung der Ausgaben der GISPO für die Jugendarbeit, aus der u. a. die Kosten für die Trainer, eventuelle Mieten, Materialkosten und Spielergehälter ersichtlich sind.

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung zurückgestellt.

46. **Verschiedenes**

Stv. Koch-Michel, BLG, bittet den Magistrat, folgendes zu beantworten:

- *Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten, welche konkrete Schritte er bisher unternommen hat, den Stadtverordnetenbeschluss vom 16.11.2006 (DS 0070) umzusetzen.*
- *Welche rechtlichen Möglichkeiten sieht der Magistrat aktuell und zukünftig, weitere Versuche mit transgenen Pflanzen im Stadtgebiet zu unterbinden?*

Antwort Bürgermeisterin Weigel Greilich: „Der Magistrat hat in mehreren Gesprächen mit der Universitätsleitung versucht, die Universität zum Verzicht auf den geplanten Versuch zu bewegen. Die Universitätsleitung hat in einem Treffen den Magistrat, die Fraktionsvorsitzenden und die Stadtverordnete der Bürgerliste über den geplanten Versuch informiert. Eine weitere Veranstaltung zur Information über den konkreten Versuch wird am 17. April um 18:00 Uhr stattfinden.“

Diese Informationsveranstaltung wendet sich insbesondere an die Anwohnerinnen und Anwohner und findet daher im Wilhelm-Liebknecht-Haus in der Weststadt statt. Zur zweiten Frage: Der Magistrat sieht aktuell keinerlei rechtliche Möglichkeiten, weitere Versuche mit transgenen Pflanzen auf dem Stadtgebiet zu unterbinden. Um zukünftig Versuche mit transgenen Pflanzen unterbinden zu können, sind Europa- bzw. Bundesrechtliche Gesetzesänderungen notwendig.“

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) G a i l

DER SCHRIFTFÜHRER:

(gez.) K n o t h